

Schachern im Dunkeln

Gegen ein untransparentes Freihandelsabkommen mit den USA. [Seite 8/9](#)

JA zu Tempelhof

100% Vielfeld
Warum der Senat das T-Feld nicht bebauen darf. [Seiten 2/3](#)

NEIN zum Senatsplan

Leere statt Lösung

Warum die Vorschläge der Rechtspopulist_innen nicht umsetzbar sind. [Seite 4](#)

Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln | Nr. 180, Ausgabe I / 2014

Neuköllns Vielfalt – Made in Europe

„Europa betrifft mich nicht.“ oder „Europa interessiert mich nicht.“: Diese Sätze hört man oft, wenn es um die Europäische Union geht. Doch Europa betrifft uns alle, nicht nur durch Vorschriften oder Regeln – es beeinflusst mittlerweile fast alle Bereiche unseres (Zusammen-)Lebens.

Damit dieses Zusammenleben zur Zufriedenheit aller funktionieren kann, haben sich die EU-Länder in bestimmten Bereichen auf gemeinsame Standards geeinigt, die Abläufe und Regeln vereinheitlichen. So existieren innerhalb der EU beispielsweise einheitliche Anforderungen an die Lebensmittelhygiene, Kennzeichnungsvorschriften für Produkte und Standards bei technischen Geräten wie z.B. den Handy-Ladekabeln. Auch im Umweltschutz herrschen gemeinsame Standards, von der Trinkwasserrichtlinie bis zur Feinstaubrichtlinie – die ja bei uns in Neukölln zurzeit durch die hohen Messwerte in der Silbersteinstraße besonders relevant ist. Bereits Mitte April waren hier fast die pro Jahr maximal erlaubten Tage mit einer Feinstaubbelastung über dem kritischen Wert erreicht.

Neben der Regulierung durch Gesetze und Normen ist es eines der wichtigsten Anliegen der Europäischen Union, das Angebot an Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu verbessern. Auch das Zusammenleben in Europa soll durch kulturellen Austausch und durch eine Angleichung der Lebensbedingungen in den Mitgliedsstaaten gefördert werden. Dies geschieht durch unzählige Projekte, die aus den verschiedenen Fördermittelfonds finanziert werden. Gerade strukturschwache und von hoher Arbeitslosigkeit geprägte Regionen wie weite Teile Neuköllns profitieren von diesen Projekten.

Neukölln schafft Zukunft - und Europa finanziert mit

Der Europäische Sozialfonds zum Beispiel finanziert verschiedene Projekte für die Ausbildung und Qualifizierung der Bürger_innen und hilft so, Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Im Rahmen des Programms „Lokales Soziales Kapital“ wurde unter anderem das Projekt „Neukölln braucht Dich!“ gefördert. Viele Jugendliche wissen in der Schule noch nicht, welchen Weg sie später einschlagen wollen. Mit dem Projekt „Neukölln braucht Dich!“ erhielten die Jugendlichen Unterstützung bei der Berufswahl und konnten Neuköllner Unternehmen persönlich kennenlernen.

Durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung werden in den Quartiersmanagementgebieten neben baulichen Projekten auch soziale und kulturelle Projekte gefördert. Viele öffentliche Plätze, Spielplätze und Schulhöfe, wie im Körnerkiez der Schierker Platz oder der Schulhof der Albrecht-Dürer-Schule, hätten sonst nicht finanziert werden können.

Auch Einrichtungen wie das Nachbarschaftsheim Neukölln und Angebote wie kostenlose Mieterberatungen wären ohne diese Unterstützung schwer oder gar nicht denkbar.

Solche Projekte und Maßnahmen verringern die Arbeitslosigkeit, geben Hilfestellung bei der Bewältigung verschiedener Probleme und verbessern die Bildungssituation zahlreicher Menschen in Neukölln. Ein Problem gibt es allerdings: Leider sind bei einigen kleineren Projekten die Kosten für die Verwaltung fast höher als der Nutzen für die Menschen vor Ort. Die bürokratischen Hürden müssen niedriger werden, damit in den Projekten der eigentliche Sinn wieder nach vorne rückt – die Arbeit mit und für die Menschen.

In Vielfalt geeint

In Sachen Europa geht es auch um die Vielfalt der Kulturen in Neukölln. Europa sollte nicht von Gleichmacherei geprägt sein, es ist vielmehr wichtig, dass diese Vielfalt bestehen bleibt. So trägt die EU zu einer multikulturellen Gesellschaft bei, die die Identitäten aller Menschen wahrnimmt und achtet. Denn das macht Europa wie auch Neukölln aus: Vielfalt in einer gemeinsamen Gesellschaft.

Die Frage, die sich uns allen täglich und vor allem bei dieser Wahl stellt ist: In was für einem Europa wollen wir in Zukunft leben? Entweder in einem Europa, das von nationaler Meinungsmache, gegenseitigem Misstrauen und Angst geprägt ist, oder in einem Europa, das Frieden, Gleichheit und Gerechtigkeit für alle gewährleistet.

Helfen Sie bei dieser Wahl mit, dass der europäische Gedanke des gemeinsamen, freien und gleichberechtigten Lebens weiter besteht und in Zukunft gestärkt wird!

Martin Grafe

Die Europäische Grüne Partei (EGP) ist eine europaweite, transnationale Partei. Sie besteht aus den Grünen Parteien europäischer Länder, die nicht unbedingt Mitglied der EU sein müssen. Die EGP koordiniert regionale Netzwerke, die sich um die Zusammenarbeit und die Entwicklung der Grünen Parteien kümmern, und führt europaweit Grüne Interessensgruppen zusammen. Im Vorfeld von Europawahlen verfasst die EGP ein europäisches Wahlprogramm, auf das sich alle Grünen Parteien Europas geeinigt haben. Im Rat der EGP beschließen 120 Vertreter_innen der nationalen Parteien Schwerpunkte für die weitere Arbeit. Das ausführende Komitee besteht aus neun gewählten Mitgliedern, dessen Vorsitzende derzeit die Italienerin Monica Frassoni und der Deutsche Reinhard Bütikofer sind.

Mehr zur EGP unter www.europeangreens.eu.

Fotos: European Green Party



Europa ist unsere gemeinsame Zukunft

Wir Grüne machen uns dafür stark, dass auch europäische Politik vor Ort gemacht wird, denn die Bezirke sind das Fundament der Europäischen Union. Und die EU unterstützt viele Projekte, die uns zeigen: Europa ist längst Teil unseres Zusammenlebens in Neukölln.

Wir leben in Europa bunt und friedlich zusammen, können uns den Arbeitsort aussuchen und reisen ohne Passkontrolle. Das europäische Projekt steht für Rechtsstaatlichkeit, den Schutz von Minderheiten und wirtschaftlichen Wohlstand. Damit es für uns alle Realität bleibt, müssen wir es weiterentwickeln – am Besten mit einer Grünen Vision eines demokratischen, nachhaltigen und solidarischen Europa!

Das Sterben an den EU-Außengrenzen muss aufhören! Wir Grüne stehen für eine solidarische Asylpolitik und wollen, dass die EU ein Schutzraum für Flücht-

linge ist. Wir stehen für ein Europa der Offenheit statt der Abschottung. Neukölln hat eindrücklich gezeigt, wie die Nachbarschaft eine Willkommenskultur für geflüchtete Menschen schaffen kann. Lasst uns da ansetzen!

Alle Bürger_innen der EU dürfen zum Arbeiten nach Deutschland kommen. Davon profitieren wir. Wir Grüne sehen diese Freizügigkeit als Bereicherung und als Chance, Integration zu vertiefen. Statt ein Grundrecht der EU infrage zu stellen, setzen wir uns dafür ein, dass Kommunen von Bund und EU gezielt bei der Integrationsarbeit unterstützt werden.

Wir wollen Europa erneuern, da die Aufgaben der Zukunft nur gemeinsam bewältigt werden können. Für ein besseres, bürger_innennahes Europa braucht es starke Grüne in einem starken Europäischen Parlament am 25. Mai!

Inhalt

Seite 1:

- Neukölln made in Europe
- Für ein Grünes Europa

Seite 2:

- Tempelhofer Feld erhalten!
- Milieuschutz nutzen

Seite 3:

- Bauen á la SPD
- Impressum

Seite 4:

- Berliner Verstrickungen
- Keine Alternative

Seite 5:

- Zukunft Europa
- What's up, Abgeordnete?
- Grünes Kiezbüro

Seite 6:

- Volle Kraft voraus
- Grüne AG Migration/Integration
- Interview mit Ska Keller

Seite 7:

- Ausgebremste Energiewende
- Integrationsausschuss Neukölln

Seite 8:

- Nicht ohne die Zivilgesellschaft
- Homophobie - nicht mit uns!

Seite 9:

- Das Trojanische Pferd TTIP
- Lieben ohne Grenzen

Seite 10:

- Neuköllner_innen im Gespräch
- Europa ist eine Frau
- Digitale Unabhängigkeitserklärung

Seite 11:

- Wer braucht schon Boden?
- Mindestlohn light?
- Schule ohne Rassismus

Seite 12:

- JA zu Grün, JA zum Tempelhofer Feld
- Wir ohne Europa
- Wie funktioniert die Europawahl?



Lieber so?

www.tempelhofer-vielfeld.de

JA zum Gesetz der
„Initiative 100% Tempelhof“!

Das Tempelhofer Feld für die Mieter_innenschutz konsequent umsetzen – Milieuschutz nutzen

Das Tempelhofer Feld mit seiner weiten und offenen Wiesenlandschaft inmitten der Innenstadt ist eine einzigartige Fläche. Die Berlinerinnen und Berliner haben sie sich in den vergangenen Jahren erobert: Erst wurde beim Volksentscheid 2008 die endgültige Schließung des Flughafens durchgesetzt und anschließend die Öffnung des Feldes für die Bevölkerung eingefordert bis diese im Mai 2010 endlich Realität wurde.

Seitdem nutzen tagtäglich zehntausende Menschen – ob als Radfahrer_in, Skater_in oder Fußgänger_in, als Konzertbesucher_in oder beim Grillen und Sonnenbaden mit Familie und Freund_innen – die Freiheit des Feldes. Gleichzeitig haben sich interkulturelle Gärten, temporäre Kunstprojekte und grüne Klassenzimmer dort angesiedelt. Durch sie wird Kindern aus den angrenzenden Kiezen ein Naturerlebnis ermöglicht, das ihnen im Berliner Alltag sonst nicht begegnet. Alle diese Aktivitäten finden dort Platz und bringen Menschen aus der ganzen Stadt jeden Tag generationenübergreifend zusammen.

Die Berliner_innen sollen entscheiden!

Und so wie die Berliner_innen sich das Feld erschlossen haben, so sollen sie auch genauso darüber entscheiden, welchen Weg die weitere Gestaltung und Nutzung des Feldes nimmt.

Die Grünen Neukölln setzten sich daher von Beginn an für eine umfassende Bürger_innenbeteiligung in allen Planungsverfahren und -phasen ein. Doch der rot-schwarze Senat betreibt das genaue Gegenteil: Planungen werden nur hinter verschlossenen Türen erarbeitet, Bürger_innenbeteiligung findet ausschließlich als Schauveranstaltung statt und wichtige Entscheidungen fallen in der Senatskanzlei. Statt Bürger_innennähe und Einbindung der betroffenen Bevölkerung tragen die Planungen des Senats die Handschrift von Investor_inneninteressen und Arroganz der Macht.

Diese Art von Planung kann und darf nicht der Maßstab sein. Eine Veränderung des einzigartigen Tempelhofer Feldes kann nur einhergehen mit einem intensiven und langen Dialog mit der gesamten Stadt, insbesondere mit den Anwohner_innen, Nutzer_innen und Initiativen, die auf dem und um das Feld aktiv sind und leben. Gerade die Einzigartigkeit der Fläche erfordert auch eine vorbildhafte und bisher beispiellose Form der umfassenden Bürger_innenbeteiligung, denn nicht umsonst gibt es inzwischen

den zweiten Volksentscheid, mit dem über das Gelände entschieden werden soll: Die Berliner_innen wollen mitentscheiden, weil das Tempelhofer Feld für uns alle nicht nur irgendeine Grünfläche ist. In einem solchen Verfahren wollen natürlich auch wir als Grüne unsere Ideen einbringen, mit den Berliner_innen in Dialog treten und für unsere Ideen werben.

Die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus – eine vertane Chance

Über 200.000 Berliner_innen haben beim Volksbegehren „100 % Tempelhofer Feld“ unterschrieben, weil sie die massiven Bebauungspläne des Senats ablehnen und verhindern wollen. Mit dem Erfolg des Volksbegehrens hat sich die Chance zu einem breiten Dialog in der Stadt ergeben, wie es mit dem Feld weitergehen soll. Die Oppositionsparteien im Abgeordnetenhaus haben versucht, diese Chance zu ergreifen, als sie mit dem Senat über einen gemeinsamen Gesetzesentwurf beraten haben. Feste Zusagen zu sozialem Wohnungsbau, echter Bürger_innenbeteiligung oder einem Neustart der Planungen? Mit diesem Senat war das nicht möglich, weshalb die Verhandlungen scheiterten. Stattdessen setzen SPD und CDU auf ein „Weiter so“ mit den bisherigen Planungen, ohne auch nur im Geringsten auf die Wünsche und Bedürfnisse der Berlinerinnen und Berliner einzugehen.

JA zu 100 % Tempelhofer Feld – NEIN zu den Senatsplänen

Die Grünen Neukölln haben von Anfang an auf der Seite derer gestanden, die das Feld für alle Berliner_innen erstritten haben, und damit die heutige Nutzung durch zehntausende Menschen jeden Tag erst möglich machten. Deshalb streiten wir auch gegen die einfalllosen Bebauungspläne des Senats und setzen uns für umfassende Bürger_innenbeteiligung ein. Da der Senat hierzu nicht bereit ist, rufen wir alle Berlinerinnen und Berliner auf, am 25. mit JA zum Volksentscheid „100 % Tempelhofer Feld“ und mit NEIN zu den Senatsplänen zu stimmen! Denn nur so lassen sich die umfassenden Bebauungspläne des Senats noch verhindern und das Feld in seiner Einzigartigkeit für alle Berlinerinnen und Berliner erhalten.

André Schulze
Vorstandssprecher Grüne Neukölln

Seit Jahren nimmt der Aufwertungsdruck in den Bezirken zu. Die Bezirke haben zwar nur wenige Instrumente, um diese Entwicklung zu stoppen – aber diese müssen umso konsequenter genutzt werden.

Der jüngst erschienene IBB-Wohnungsmarktbericht (gruenlink.de/qvn) bestätigt einmal mehr: Der Berliner Wohnungsmarkt ist angespannt und die sozialräumliche Spaltung Berlins verstärkt sich immer mehr. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Das gilt vor allem auch für die Mieter_innen in Neukölln und hier insbesondere im Norden des Bezirks. Zwar bleiben den Bezirken nur wenige Möglichkeiten, um diese Entwicklung zu stoppen – umso wichtiger ist es aber, die vorhandenen Instrumente auch konsequent zu nutzen.

Eines von ihnen ist der sogenannte Milieuschutz. Kommt er zum Einsatz, müssen in vom Bezirk festgelegten Milieuschutzgebieten Baumaßnahmen und Nutzungsänderungen genehmigt werden. Auf diese Weise können Luxusmodernisierungen verhindert werden. Die Bewohnerinnen und Bewohner können so vor Verdrängung durch teure und teils unnötige Modernisierungen und dadurch steigende Mieten geschützt werden.

Während Bezirke wie Pankow, Mitte oder Friedrichshain-Kreuzberg dieses Instrument seit Jahren nutzen und neue Gebiete erlassen, verzichten andere komplett darauf. So zum Beispiel Neukölln: Zwar fordern die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung in mehreren Anträgen und Anfragen seit Jahren regelmäßig

die Einführung von Milieuschutzgebieten, doch genauso regelmäßig scheitern diese an der Buschkowsky-SPD im Bezirk, die zusammen mit der Neuköllner CDU beharrlich die Position vertritt, hier gebe es keinen Handlungsbedarf – während mehr und mehr Neuköllner_innen gezwungen sind, ihren Kiez zu verlassen, weil sie sich die steigenden Mieten nicht mehr leisten können. In anderen Bezirken ist hingegen Bewegung in Sachen Milieuschutz gekommen: Lichtenberg, Charlottenburg-Wilmersdorf und Treptow-Köpenick prüfen, ebenso Tempelhof-Schöneberg, wo bereits ein Gebiet neu erlassen wurde. Das Problem dabei: Den Bezirken fehlt oft der finanzielle Spielraum, um die Kosten der notwendigen Voruntersuchungen schultern zu können. Hier ist im Sinne des Mieter_innenschutzes eine zusätzliche Unterstützung durch den Senat dringend nötig.

Die Einführung von Milieuschutzgebieten und die sofortige Umsetzung aller dafür nötigen Voruntersuchungen wird auch durch das im letzten Sommer gegründete „Bündnis für bezahlbare Mieten Neukölln“ gefordert. In einem offenen Brief ruft das Bündnis die Politik auf, ein Handlungskonzept für den Bezirk zu entwickeln, das alle bezirklichen Eingriffsinstrumente umfasst. Darunter die wichtige Forderung, die vorhandenen Belegungsrechte für die noch ca. 25.000 bestehenden Sozialwohnungen im Bezirk endlich wahrzunehmen.

Eine weitere wichtige Forderung ist die Nutzung des bezirklichen Vorkaufsrechts bei Wohnungen und

Häusern – das ist z.B. in Milieuschutz- und auch Sanierungsgebieten möglich. Die Grünen unterstützen die Nutzung dieses Instruments. Damit aus der Theorie auch Praxis wird, braucht es einen Wohnungsankauf-Fonds. Mit ihm müssen die Bezirke finanziell in die Lage versetzt werden, ihr Vorkaufsrecht in Kooperation mit Genossenschaften oder städtischen Wohnungsbaugesellschaften auch nutzen zu können. Unsere Vorschläge dazu wurden von Rot-Schwarz jedoch stets abgelehnt, obwohl das billiger ist als Neubau und es dringend mehr Einfluss des Landes auf dem Wohnungsmarkt braucht.

Eine wichtige Ergänzung des Milieuschutzes stellt die sogenannte Umwandlungsverordnung dar. Mit dieser könnten die Bezirke in Milieuschutzgebieten die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen – einem der Hauptverdrängungsmotoren – mit einem Genehmigungsvorbehalt versehen. Denn einerseits wird der Spekulation mit Wohnungen dadurch Tür und Tor geöffnet und andererseits sind die Mieten von umgewandelten Wohnungen um bis zu 30 Prozent teurer als von nicht-umgewandelten Mietwohnungen. Eine entsprechende Verordnung muss aber der Senat erlassen. Die Erfahrungen in anderen Städten zeigen, dass durch dieses Instrument die Umwandlung in Eigentumswohnungen stark zurück geht. Außerdem können so den Spekulationen mit Wohnungen Grenzen gesetzt werden. Zwar redet der rot-schwarze Senat seit bald zwei Jahren über die Einführung einer Umwandlungsverordnung – nur passiert ist bisher nichts.

Milieuschutzgebiete, Vorkaufsrecht, Belegungsbindungen, Umwandlungsverordnung und Wohnungsankauf-Fonds stellen sinnvolle Ergänzungen zu den bisherigen städtebaulichen und wohnungspolitischen Eingriffsmöglichkeiten der Bezirke dar. Sie würden einen effektiveren Schutz der Mieterinnen und Mieter ermöglichen. Und den braucht es dringend.

Mehr Informationen zum Thema Mieten gibt es auf Katrins Webseite unter www.hallogeltsnoch.de und beim Neuköllner Mietenbündnis unter www.mietenbuenndnis.de.

Katrin Schmidberger
Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus, mietenpolitische Sprecherin der Grünen Fraktion

Fotos: Romeo Franz, Olaf Köster

12	5
	
NAME Romeo Franz	NAME Barbara Lochbihler
ALTER 47	ALTER 54
WOHNORT Ludwigshafen am Rhein	WOHNORT Bayern
BERUF Musiker	BERUF Finanzbeamtin
IM PARLAMENT neu	IM PARLAMENT 5 Jahre
THEMEN Bürgerrechte, Kampf gegen Diskriminierung	THEMEN Menschenrechte, Gleichstellung



WOHNEN NUR FÜR REICHE UND EIGENTÜMER?

Bauen à la SPD

Gerade mal drei Jahre ist es her, dass die damalige Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) den Berliner Wohnungsmarkt für entspannt hielt. Eine Einschätzung, der heute angesichts von rasant steigenden Mieten und langen Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen wohl niemand mehr folgen würde. Der Berliner Senat geht inzwischen davon aus, dass sich die Zahl der Berliner_innen bis zum Jahr 2030 um 250.000 erhöhen wird. Auch wenn sich ähnliche Prognosen in der Vergangenheit meist als falsch erwiesen haben – Neubau ist wieder ein Thema in Berlin.

Neuköllner Studie zeigt Wohnungsbau-potentiale

In einer Studie hat der Bezirk Neukölln untersucht, welche Wohnungsbaureserven im Bezirk Neukölln bestehen. Nach anfänglichem Zögern hat das Bezirksamt zumindest die Kurzfassung dieser Studie auf grünen Druck hin inzwischen veröffentlicht und ins Internet gestellt (abrufbar unter gruenlink.de/qvl). Der Bezirk hat damit eine wichtige Grundlage geschaffen, um die Diskussion über

Wohnungsneubau zu versachlichen und zu transparenten Entscheidungen kommen zu können.

Dabei ergaben sich 41 Potentialflächen für größere Wohnungsbauvorhaben mit mehr als 50 Wohneinheiten. Daneben wurden auch Dachgeschossausbauten in den Quartieren innerhalb des S-Bahn-Rings und Nachverdichtungen in den sogenannten Großsiedlungen wie der Gropiusstadt in die Überlegungen einbezogen. Insgesamt kommt die Studie zu einem Potential von geschätzten 14.130 Wohnungen in Neukölln, dem ein rechnerischer Bedarf aus der Bevölkerungsprognose des Senats von 10.950 neuen Wohnungen gegenüber gestellt wird.

Mit neuen Wohnungen alleine ist es allerdings auch nicht getan – neue Einwohner_innen benötigen auch das, was im Amtsdeutsch „soziale Infrastruktur“ heißt: Kitas und Schulen, Spielplätze und Jugendeinrichtungen. Schon heute gerät die Suche nach einem Kitaplatz für viele Eltern zum Glückspiel, platzen Schulen trotz längst zum Dauerzustand gewordener Container auf dem Schulhof aus allen Nähten. Und das längst nicht nur innerhalb des S-Bahn-Rings, sondern auch in weiten Teilen von Britz.

Die Sünden der Vergangenheit

Viele der in der Studie benannten Flächen sind aus Grüner Sicht gut für Wohnungsbau geeignet – weit besser, als das Tempelhofer Feld, das für den hoch verdichteten Neuköllner Norden eine wichtige Erholungs- und Sportfläche ist und das nur schwer an den Verkehr – vor allem den Öffentlichen Nahverkehr – angebunden werden kann.

Allerdings liegt es längst nicht mehr allein in öffentlicher Hand, ob auf geeigneten Flächen auch tatsächlich Wohnungen entstehen. So passiert auf der Fläche der ehemaligen Frauenklinik am Mariendorfer Weg seit Jahren nichts. Die Fläche wurde an einen Finanzinvestor verkauft, der bereits mit der Sicherung des Geländes offenkundig überfordert ist. Auch viele andere ehemals öffentliche Flächen wurden in den letzten Jahren vom Berliner Senat meistbietend verschandelt und stehen durch diese kurzsichtige, in erster Linie auf Finanzen fixierte Politik daher heute für öffentliche Anliegen nicht mehr zur Verfügung.

Das Wie ist entscheidend

So dringend Berlin neue Wohnungen braucht – entscheidend ist, welche. Die CDU etwa setzt vor allem auf Eigentumswohnungen und hat erfolgreich verhindert, dass im Gesetzentwurf der rot-schwarzen Koalition zum Tempelhofer Feld das Wort „sozial“ auch nur auftaucht. Untersuchungen zeigen zudem, dass es keineswegs so ist, dass neue Wohnungen automatisch zu sinkenden Mieten führen. Vielmehr steigen die Mieten bei Neuvermietung nach wie vor besonders stark. Die schwarz-rote Bundesregierung hat zwar angekündigt, hier steuernd eingzugreifen, bisher ist es aber bei der Ankündigung geblieben. Taten – Fehlanzeige. Zwar will der Senat den Neubau von bezahlbarem Wohnraum auch finanziell fördern – allerdings nur in einer Größenordnung von 1.000 Wohnungen pro Jahr in einem Zeitraum von fünf Jahren. Das bedeutet rein rechnerisch pro Bezirk gerade einmal 83 geförderte Wohnungen. Und von diesen soll nur ein Drittel für Bezieher_innen von Transferleistungen erschwinglich sein, also gerade einmal 28.

Der Bezirk Neukölln weigert sich mit Verweis auf fehlendes Landesrecht kategorisch, eine Verpflichtung zum anteiligen Bau von bezahlbarem Wohnraum bei der Aufstellung von Bebauungsplänen auch nur zu prüfen. Jüngst regte sogar die Senatsverwaltung für Finanzen – nicht gerade als Hochburg des sozialen Wohnungsbaus bekannt – gegenüber dem Neuköllner Bezirksamt entsprechende Regelungen an: „Könnte es nicht zielführend sein, den möglichen Vorhabenträger zu der Bereitstellung eines gewissen Anteils von preisgünstigem Wohnraum zu verpflichten?“ Die Antwort des Bezirks fiel klar und negativ aus: „Das angemerkte Erfordernis besteht insofern nicht.“

Bürger_innen anders beteiligen – und ernst nehmen

Wo immer gebaut wird, organisieren sich häufig Anwohner_innen, die sich gegen die Bebauung vor ihrer Haustür wehren. Mal mit besseren, mal mit schlechteren Argumenten. Die Erfahrung zeigt: Werden sie ernst genommen, sind sie gesprächsbereit und beharren keineswegs auf Maximalforderungen. Oft können sie sogar helfen, die Planungen zu verbessern. Fühlen sie sich dagegen verschaukelt, schalten sie auf Konfrontation. In Neukölln passiert leider allzu oft Letzteres. Wenn Bürger_innen ihre

berechtigten Interessen vertreten, geht die Reaktion des Neuköllner Bezirksamtes manchmal sogar so weit, die Kommunikation mit ihnen komplett einzustellen. So aber kann die große Aufgabe, in den nächsten 15 Jahren neue Wohnungen für 20.000 Neu-Neuköllner_innen zu bauen, nicht gelingen.

Jochen Biedermann

Vorsitzender Ausschuss für

Stadtentwicklung der BVV Neukölln

Impressum

Bündnis 90/Die Grünen,
Kreisverband Neukölln

Redaktionsadresse:

Neuköllner Stachel,
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,
Berthelsdorfer Straße 9,
12043 Berlin

Vi.S.d.P.:

Annette Heppel
annette.heppel@gruene-neukoelln.de

Mitarbeiter_innen

dieser Ausgabe:

Jan Philipp Albrecht, Jochen Biedermann, Mahi Christians-Roshanai, Sven Giegold, Martin Grafe, Rebecca Harms, Annette Heppel, Clara Herrmann, Christian Hoffmann, Jakob Höber, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Georg P. Kössler, Terry Reintke, Dario Sarmadi, Armin Schäfer, Katrin Schmidberger, André Schulze, Julia Maria Sonnenburg, Sibylle Steffan

Layout: Kalle Erlacher

Druck: Henke Pressedruck

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der/die jeweilige Autor_in die Verantwortung.

Vorstandssprecher_innen:

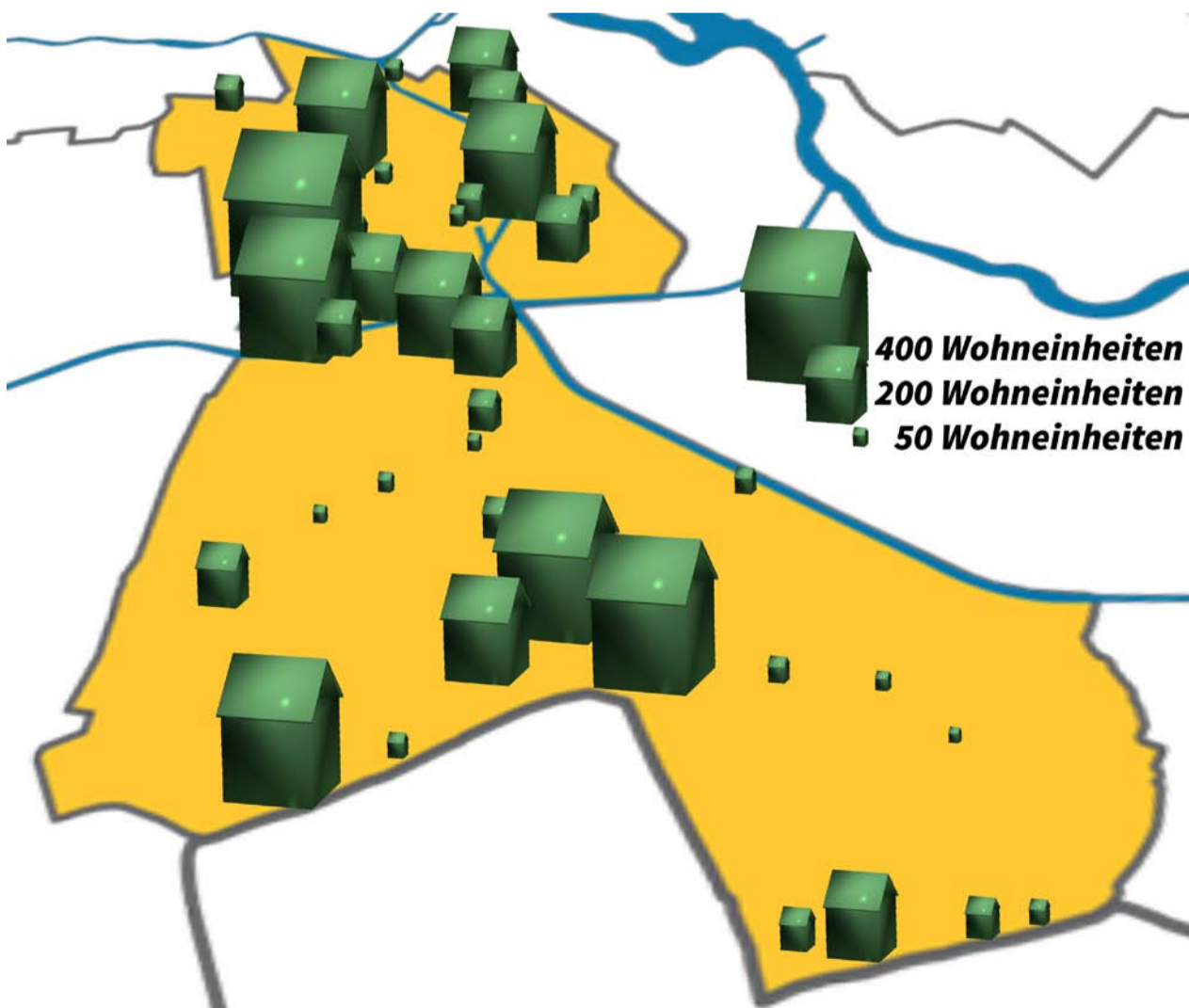
Francisca Fackeldey
francisca.fackeldey@gruene-neukoelln.de
André Schulze
andre.schulze@gruene-neukoelln.de

Internet:

www.gruene-neukoelln.de

E-Mail:

stachel@gruene-neukoelln.de



Wohnbaupotentiale in Neukölln abseits des Tempelhofer Feldes

Grafik: Kalle Erlacher, Quelle: Wohnbaupotenzialstudie für Berlin-Neukölln, BA Neukölln

DER NSU-SKANDAL

Berliner Verstrickungen

Im November 2011 wird Deutschland von der Aufdeckung der größten rechtsextremen Mordserie der Bundesrepublik Deutschland erschüttert. Der selbsternannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU) um Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe mordet zehn Jahre lang und begeht Anschläge – völlig unbeachtet von den Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern.

Die Aufarbeitung des NSU-Komplexes macht bundesweites Ermittlungsversagen und Verstrickungen der Sicherheitsbehörden öffentlich. Auch in Berlin zeigt sich das Versagen von Polizei und Verfassungsschutz. Das Berliner Landeskriminalamt (LKA) führte nicht nur mehrere relevante Vertrauenspersonen (VP) – also V-Männer der Polizei –, sondern auch geschredderte Akten beim Verfassungsschutz kommen im Zuge der Aufklärung ans Licht. Der NSU-Komplex wurde zu einem Skandal für Polizei und Verfassungsschutz.

NSU-Verstrickungen reißen nicht ab

Im Januar 2014 werden neue Zusammenhänge innerhalb des NSU-Komplexes bekannt: Das Berliner LKA führte einen weiteren V-Mann mit NSU-Bezug. Der bundesweit bekannte militante (Ex-)Neonazi Nick Greger äußert sich im Dezember 2013 in einem Interview zu einem Besuch von zwei Berliner LKA-Beamten bei ihm in Thüringen Ende Oktober 2013. Nick Greger wird im Jahr 2000 verurteilt, weil er gemeinsam mit Carsten S. einen Sprengstoffanschlag auf politische Feinde plante. Dieser Carsten S., alias „Piatto“, war V-Mann des Brandenburger Verfassungsschutzes und wird heute als NSU-Unterstützer auf der sogenannten 129er Liste des Generalbundesanwalt (GBA) geführt.

Grüne und Linke fragen Ende Januar 2014 im Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses nach und erwarten von Senator Henkel umfassende Antworten und Aufklärung. Doch der Senator hält sein Versprechen der absoluten Transparenz nicht und verliert stattdessen die Nerven und beschimpft die Opposition im Ausschuss. Der Senat bestätigt dann, dass Nick Greger zwischen 2001 und 2003 VP des LKAs war und im Okto-

ber von zwei Berliner Beamten aufgesucht worden ist – doch weiterhin wird keine proaktive Aufklärungsarbeit geleistet.

NSU-Helfer war zehn Jahre V-Mann der Berliner Polizei

Bereits 2012 wird bekannt, dass Berliner Sicherheitsbehörden Zugang zu relevanten Informationen hatten und diese nicht an andere Bundesländer und Behörden weiterleiteten. So war Thomas S. über zehn Jahre, von 2000 bis 2011, VP beim Berliner LKA. Thomas S. stammt aus dem unmittelbaren Umfeld des NSU-Trios und wird, wie Carsten S., heute als Beschuldigter beim GBA verzeichnet. Er war in den 90er Jahren nicht nur mit Beate Zschäpe liiert, er besorgte dem NSU-Trio auch Sprengstoff und vermittelte ihnen nach dem Untertauschen die erste Wohnung. Als VP in Berlin liefert er mehrere Hinweise, die für den NSU-Komplex relevant sind und zu einer früheren Aufdeckung beitragen hätten können.

Als Reaktion auf die Aufdeckung der Verstrickungen der Berliner Behörden wird 2013 in der Senatsinnenverwaltung eine Auswertungsguppe eingerichtet, die alle Akten kritisch überprüfen soll. Innensenator Henkel verspricht zudem lückenlose Aufklärung und umfassende Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit für die Zukunft

NSU-Komplex endlich aufklären und Lehren ziehen!

Doch erneut sehen Innensenator und Polizeipräsident im Fall Nick Greger keinen Grund, weder Fehler in damaligen Ermittlungen noch im aktuellen Vorgehen einzugestehen, und Sicherheitsbehörden sind noch immer nicht bereit, sich Zusammenhängen zu stellen. Es wird endlich Zeit einzusehen, dass der NSU aus mehr als drei Leuten besteht.

Berlin muss auf das Ermittlungs-

versagen reagieren und endlich Konsequenzen sowie Reformen einleiten. Als ersten Schritt konnten wir im Abgeordnetenhaus einen Antrag aller Fraktionen einbringen, der dazu auffordert, die für die Landesebene relevanten Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages umzusetzen. Es muss vor allem darum gehen, Strukturen des institutionellen Rassismus zu beseitigen und neue Kontroll-, Evaluierungs- und Schulungsmechanismen in den Behörden zu schaffen sowie den Umgang mit Opfern und Angehörigen qualitativ zu verbessern.



Illustration: Kalle Erlacher

Angesichts des Totalversagens der Sicherheitsbehörden müssen aus unserer grünen Sicht aber noch weitergehende Konsequenzen gezogen werden. Der NSU-Komplex zeigt erschreckend deutlich, dass der Verfassungsschutz auf Landesebene keinen Beitrag in der Aufdeckung der größten rechtsextremen Mordserie der Bundesrepublik geleistet hat. Es stellt sich deshalb die berechtigte Frage, ob wir den Landesverfassungsschutz in Berlin überhaupt noch benötigen oder ob Personal und finanzielle Mittel nicht effektiver eingesetzt werden können.

Aufklärungsarbeit leisten und endlich Konsequenzen ziehen – das ist die Politik den Opfern und ihren Angehörigen schuldig.

Clara Herrmann, MdB
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Keine Alternative für Deutschland Keine Alternative für Europa

Bei der kommenden Wahl zum Europäischen Parlament wird es keine Fünf-Prozent-Hürde für Parteien mehr geben. Das hat das Bundesverfassungsgericht 2011 entschieden. Sogar eine Drei-Prozent-Hürde, die der Bundestag im Sommer 2013 beschlossen hatte, verstoße laut Urteil gegen die Wahlrechtsgleichheit und Chancengleichheit der Parteien. Eine solche Hürde sei nicht nötig, befanden die Richter mit knapper Mehrheit, „um die Funktionsfähigkeit des Europaparlaments zu erhalten.“ Ob das die Demokratie lebendiger macht, wie die überparteiliche Organisation Mehr Demokratie e.V. hofft, oder

ehemalige – stellvertretende Vorsitzende der Jungen Alternative überreichte einer anderen Burschenschaft eine Banane, nachdem deren schwarzes Mitglied aus einer Tagung gemobbt worden war. Zunächst noch vom Junge-Alternative-Vorstand verteidigt, erklärt dieser später: „Grundsätzlich ist eine Mitgliedschaft in einer Organisation im rechtsextremistischen Umfeld nicht mit der Mitgliedschaft in unserem Vorstand vereinbar.“ Neuerdings ist „Bananen-Nolte“ vermutlich Mitglied einer vom bayerischen Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingeschätzten Burschenschaft namens Danubia.

Die Kandidatin auf Listenplatz vier, Beatrix von Storch, überholt Lucke in der Familienpolitik noch rechts. Sie ist bislang als Lobbyistin in einem Netzwerk aus Initiativen und Vereinen in Erscheinung getreten, die sie zusammen mit ihrem Ehemann Sven von Storch gegründet hat. So setzt sie sich in der „Initiative Familienschutz“ gegen die Öffnung der Ehe und für das Betreuungsgeld ein. Ihr Ehemann leitet die Internet-Plattform abgeordnetencheck.de, die auf den ersten Blick abgeordnetenwatch.de

das Europäische Parlament gegenüber dem Bundestag abwertet, sei dahingestellt. Vor dem Verfassungsgericht hatten die kleineren Parteien geklagt, die sich nun berechtigt Hoffnung machen, ohne Hürde ins Europaparlament einzuziehen – neben den Piraten auch die NPD.

Bei der Wahl im Mai wird eine Partei aller Voraussicht nach ins Europaparlament einziehen, die es zur Zeit des ersten Urteils 2011 noch gar nicht gab: die Alternative für Deutschland (AfD). Als konservativ-wirtschaftsliberale Anti-Euro-Partei verpasste sie aufgrund der Fünf-Prozent-Hürde in Deutschland knapp den Einzug in den Bundestag. Seitdem entwickelt sich die AfD immer mehr hin zu einer ultrakonservativ-rechtspopulistischen Partei, die neben dem Raus-aus-dem-Euro und Zurück-zum-Nationalstaat auch ein Familienbild propagiert, das die Emanzipation der Frau für überwunden und die deutsche Vater-Mutter-Kind-Kleinfamilie für die Norm hält – flankiert von ihrer Jugendorganisation „Junge Alternative“, die vor Kurzem mit ihrer Online-Kampagne gegen Feminismus für Aufsehen sorgte („Ich bin keine Feministin, weil ich mir gerne die Türe aufhalten und in die Jacke helfen lasse!“).

Das Personal offenbart die ultrakonservative Agenda

Wie die Alternative für Deutschland sich für die Europawahl inhaltlich aufstellt, verdeutlicht auch ein Blick auf ihr Personal. Auf der bundesweiten Liste der Kandidatinnen und Kandidaten steht auf dem ersten Platz Bundessprecher Bernd Lucke. Während er mehr Demokratie in Europa fordert, hat er seit der Bundestagswahl seine Führungsposition auf Kosten innerparteilicher Demokratie verfestigt. Sein rückwärtsgewandtes Familienbild äußerte sich zuletzt in Aussagen zur Homosexualität. Als der Fußballer Thomas Hitzlsberger sich geoutet hatte, kommentierte Lucke, er hätte es besser gefunden, gleichzeitig ein eindeutiges Bekenntnis von ihm zu hören, dass Ehe und Familie konstitutiv für unsere Gesellschaft seien.

Auch offenrassistische Handlungen scheinen erst bei Medieninteresse innerhalb der AfD-Strukturen zu Konsequenzen zu führen. Der – mittlerweile

ähnelt und Bundestagsabgeordneten scheinbar offen gestellte Bürger_innenanfragen stellt. Entsprechen die Antworten der Abgeordneten nicht den eigenen politischen Überzeugungen werden sie entsprechend abwertend kommentiert oder gar abgeändert veröffentlicht. Laut FAZ-Bericht wurde Beatrix von Storch von der Gruppierung „Christen in der Alternative für Deutschland“ in ihrer Kandidatur unterstützt. Sie treten ein für ein Abtreibungsverbot, für ein Verbot der Sterbehilfe und gegen die Gleichstellung Homosexueller. Im Verein „Zivile Koalition e.V.“ wettet Beatrix von Storch samt Ehemann auch gegen den Euro-Rettungskurs, das eigentliche Kernthema der AfD.

Kein Zurück zum Europa der Nationalstaaten!

Ihre ultrakonservative und rückwärtsgewandte Familien- und Gesellschaftspolitik hat in einem Europa der Solidarität, des Friedens und der Vielfalt keinen Platz. Auch währungspolitisch kann es kein Zurück zum Nationalstaat geben. Die AfD, die eine „Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Währungsgebietes“ und ein Auflösen des ESM fordert, übersieht, dass eine neue stark aufgewertete D-Mark die deutschen Exporte unbezahlbar machen würde, was Deindustrialisierung und hohe Arbeitslosigkeit zur Folge hätte. Dass eine Re-Nationalisierung des Bankensektors dazu führen würde, dass Banken wieder Staaten überfordern und Staaten pleitegehen würden. Dass durch ein Auflösen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) nicht nur kettenweise Banken, sondern ebenso Versicherungen zahlungsunfähig würden.

Die Alternative für Deutschland wird auch dank fehlender Sperrklausel mit Abgeordneten im neuen Europaparlament vertreten sein. Es gilt nun, nicht nur die haltlose Argumentation in der Euro-Politik als zu kurz gedacht zu entlarven, sondern ihre ultrakonservative Gesellschaftspolitik anzuprangern, die in einem offenen Europa keinen Platz hat und keine Mehrheiten findet.

Sibylle Steffan
Sprecherin der LAG Europa



Fotos: Reinhard Bütikofer, Maria Heubuch

Warum Europa unsere Zukunft ist

Man stelle sich vor: die Alternative für Deutschland hätte etwas zu bestimmen nach einer Wahl. Oder die Front National in Frankreich. Oder welche muffig-nationale oder rechtspopulistische Partei auch immer in der weiten europäischen Parteienlandschaft. Konsequenz wie sie sind setzen sie ihr Programm auch um. Deutschland und Frankreich treten geschlossen aus dem Euro aus. Grenzkontrollen werden wieder eingeführt. Auch Kapitalverkehrskontrollen wären nötig, über Jahre, wenn das europäische Währungsprojekt halbwegs geordnet und nicht vollkommen im Chaos (und damit im wirtschaftlichen und sozialen Ruin für ausnahmslos alle europäischen Länder) enden soll.

Man mag sich fragen, welche Probleme damit gelöst wären. Die genannten Parteien kreischen aufmerksamkeitsheischend von erneutem Wirtschaftswachstum. Neuen Arbeitsplätzen. Woher die kommen sollen, ist nicht ganz klar. Den heutigen Herausforderungen und ihren Härten und Kosten – Globalisierung, Rohstoffknappheit vor allem bei Energieträgern, Klimawandel – wird damit sicher nicht begegnet. Im Gegenteil, da die Einzelstaaten mit ihrer Stimme international untergehen werden. Das Schuldenproblem? Eher noch größer, wenn man bedenkt, welche Summen für die geordnete Abwicklung der Eurozone, die rapide gestiegenen Zinsen für die Staatsschulden und die nötige Stabilisierung für unweigerlich wankende Finanzinstitute aufgebracht werden müssen. Einzig die Handelsbilanzungleichgewichte zwischen den europäischen Staaten würden verschwinden. Die Importländer hätten einfach kein Geld mehr, um deutsche Waren zu kaufen. Das kann man natürlich als Erfolg betrachten, muss man aber nicht.



In welche Richtung entwickelt sich Europa?
Illustration: Kalle Erlacher

Inhaltsleer zum Misserfolg

Die Gefahren dahinter sind allerdings noch größer: Die Parteien, konfrontiert mit der Erfolglosigkeit ihrer ach so hoffnungsvollen Programmpunkte, werden sich neue Gegner suchen. Denn schon heute definieren sie sich größtenteils über die Ablehnung. Diese kann sich nach innen – gegen Minderheiten – oder nach außen – gegen den ach so bösen Nachbarn, der die Schuld an der Misere trägt – richten. Gelöst wird damit gar nichts, im Gegenteil. Verantwortungsvolle Politik sieht wahrlich anders aus.

Was es eher braucht, ist eine visionäre Politik für ganz Europa. Einen Green New Deal, der zugleich Arbeitsplätze schafft, die Abhängigkeit von Energieimporten senkt und die Umwelt schont. Das klingt verlockend, ist aber in seiner Umsetzung recht schwierig – gerade weil bereits kleine Fehler große Auswirkungen haben können. Nichts zu tun oder die europäische Integration nach einer Wunschvorstellung des Gestern rückabwickeln zu wollen, ist aber keine Alternative. Sie gleicht einer Vogel-Strauß-Politik: Wie kleine Kinder, die denken, dass sie unsichtbar sind, wenn man sich die Augen zuhält – so wird das Übel schon an Einem vorüber ziehen. Tut es aber nicht. So bleibt die Wahl zwischen einer Politik, die eindeutig falsch ist, und einer solchen, die sich als suboptimal herausstellen könnte. Die Entscheidung sollte recht einfach fallen.

Gute Politik muss Zukunft schaffen

Was also nötig ist: Eine Vision der Zukunft, welche es jungen Menschen erlaubt, ihr vor ihnen liegendes Leben als etwas Positives zu betrachten. Die nicht in einer Endlosschleife aus unbezahlten Praktika, abgelehnten Bewerbungen, Stigmata nach fehlgeschlagenen Unternehmensgründungen und sonstiger Hoffungslosigkeit gefangen sind. Die nicht mit dem klammen Gefühl aufwachen, ein System von Überschuldung und ruinösen Raubbau an der Umwelt geerbt zu haben. Ein eindeutiges Bekenntnis zu Europa, welches die Lösungen bereit hält und nicht, auch weil es so einfach ist, für die aktuelle Misere an den Pranger gestellt wird. Ein Europa, das sich zu seinen gemeinsamen Werten bekennt, die es einen. Das schließt auch Solidarität zwischen den Menschen mit ein.

Sicher: Der Weg durch das 21. Jahrhundert wird kein einfacher werden, dazu sind die Herausforderungen zu groß. Aber diese löst man nicht durch das Festhalten an einer Blaupause von gestern. Sondern durch einen Plan für das Morgen, mit dem die Menschen einverstanden sind und in dem sie ihren Platz haben. Der für bekannte Probleme auch praktikable Lösungen anbietet und nicht einfach aufschiebt. Ein Plan, der sich an der Zukunft orientiert und nicht an einer Illusion von dem, was gestern einmal war.

Es ist ein Weg, der nur gemeinsam gegangen werden kann.

Jakob Höber
Stellv. Sprecher der
LAG Europa

8

NAME Martin Häusling
ALTER 53
WOHNORT Bad Zwesten
BERUF Agrartechniker
IM PARLAMENT 5 Jahre
THEMEN Verbraucherschutz, Agrarpolitik

7

NAME Helga Trüpel
ALTER 56
WOHNORT Bremen
BERUF Literaturwissenschaftlerin
IM PARLAMENT 10 Jahre
THEMEN Kultur und Bildung

Fotos: Martin Häusling, Helga Trüpel

Grünes Bürger*innen Büro für Neukölln

Am 25. April 2014 wurde das neue Grüne Bürger*innen Büro feierlich eingeweiht. In den Räumen werden unsere Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus Anja Kofbinger, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und frauen- und queerpolitische Sprecherin, und Susanna Kahlefeld, Sprecherin für Partizipation und Gleichbehandlung von Migrant_innen, zukünftig ihre Wahlkreisarbeit koordinieren und noch näher im Kiez sein.

Es wird Veranstaltungen zu aktuellen Kiezthemen und weitere Angebote wie zum Beispiel Schulberatung durch unsere Bezirksverordnete Mahi Christians-Roshanai geben. Außerdem ist das Büro regelmäßig von ihren Mitarbeiter_innen besetzt und soll als Anlaufstelle für Sorgen und Wünsche bezüglich des Kiezes fungieren.

Das Büro befindet sich in der Wipperstraße 25 und ist in zwei

Gehminuten vom S- und U-Bahnhof Neukölln zu erreichen. Die aktuellen Öffnungszeiten werden auf www.susanna-kahlefeld.de und www.kofbinger.de veröffentlicht.

Die Abgeordneten Anja Kofbinger und Susanna Kahlefeld mit ihrem Kollegen Thomas Birk und Sozialstadtrat Bernd Szczepanski vor ihrem neuen Bürger*innenbüro
Foto: Jana Taube

What's? up, Abgeordnete

Hatun-Sürücü-Preisverleihung: zwei von drei Preisen gehen nach Neukölln

Im ersten Quartal 2014 war gleichstellungspolitisch wieder einiges los bei der grünen Fraktion. Zuerst einmal äußerte sich das in zwei großen Veranstaltungen und einigen parlamentarischen Initiativen. Am 13. Februar wurde von unserer Fraktion zum zweiten Mal der Hatun-Sürücü-Preis vergeben. Damit zeichnen wir Einzelpersonen und/oder Projekte aus, die sich besonders um das Empowerment junger Frauen und Mädchen kümmern. Mit dabei waren in diesem Jahr auch die Projekte TIO e.V. (www.tio-berlin.de) und Heroes (www.heroes-net.de) aus Neukölln. Der erste Preis ging an die Krisenwohnung des Mädchennotdienstes des Vereins Wildwasser e.V., der sich seit über 30 Jahren um die Betroffenen von sexuellem Missbrauch kümmert (www.wildwasser-berlin.de).

Grüner Regenbogenempfang gegen die neue Intoleranz

Im April gab es dann zum achten Mal unseren traditionellen Regenbogenempfang, der unter dem Motto „Die neue Intoleranz“ stand. In diesem Jahr gab es zwar den fünften Geburtstag der „Initiative sexuelle Vielfalt“ (gruenlink.de/qvo) zu feiern, aber auch darüber zu reden, dass homo- und transsexuellen Menschen in Deutschland wieder eine Welle der Ablehnung entgegen schlägt. Das äußert sich vor allem in Bestsellern von Sarrazin, Pirincci und Co., die ungehindert und mit großem Erfolg mit ihren homophoben und rassistischen Thesen reüssieren. Gerade als Nord-Neuköllnerin, die in einem sehr vielfältigen Teil des Bezirks lebt, stoßen mich diese Hetzereien besonders ab.

Und damit geht es weiter:

Meine parlamentarische Arbeit beschäftigte sich zum internationalen Frauentag mit der Möglichkeit, sexistische Werbung aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Außerdem habe ich einen Antrag eingebracht, der intersexuellen Menschen in Berlin mehr Rechte verschaffen soll, vor allem jenes auf körperliche Unversehrtheit. Wer sich dafür interessiert, findet die Anträge auf meiner Webseite. In der nächsten Zeit werde ich mich vor allem mit der Umsetzung von paritätisch besetzten Wahllisten und Gremien in Berlin beschäftigen. Da gibt es noch einiges zu tun und es wird höchste Zeit, dass wir den verschlafenen Senat in die Pflicht nehmen.

Anja Kofbinger, MdB

Kulturarbeit in den Migrant_innenorganisationen

Im Januar haben wir eine Veranstaltungsreihe begonnen, die über das ganze Jahr gehen wird: Unter dem Obertitel „multiKULTUR – mitgebracht und neu gemacht“ entwickeln wir mit den Migrant_innenorganisationen gemeinsam politische Initiativen zur Unterstützung der Pluralität und Breite des kulturellen Lebens in Berlin. Der Umsetzung der UNESCO-Konvention zur „Kulturellen Vielfalt“ folgend geht es dabei um eine Politik, die die kulturellen Ressourcen der Stadt nicht verschleudert und die vielfältige Bildungsarbeit in den Migrant_innenorganisationen ernst nimmt. Die Stadt braucht diese Arbeit: Vom ehrenamtlichen Tanzunterricht bis zur professionellen Musikproduktion, von traditionell bis crossover. Aber wie die Förderung der Freien Szene ist auch diese Quelle immer neuer Entwicklungen im „blinden Fleck“ der Kulturpolitik des Senats.

In Bezug auf die Werkstatt der Kulturen hatte hartnäckiges Kritisieren einen ersten Erfolg: Es läuft endlich ein „Konzeptdialog“, wie er schon lange nach einer externen Evaluation gefordert worden war. Zwar weiß keiner, wer daran teilnehmen darf – aber ganz ohne Ergebnis wird der Prozess hoffentlich nicht bleiben und in das Haus dann vielleicht wieder Leben einziehen.

Klientelpolitik: Die Mittelvergabe über das „Partizipations- und Integrationsprogramm“ des Senats

Die im Februar veröffentlichte Auswahl der geförderten Projekte ist ein neuer Tiefpunkt in der Integrationspolitik des rot-schwarzen Senats. Die Kritik der Migrant_innenorganisationen an den neuen Vergabekriterien war nicht aufgenommen worden, so dass es weder eine Bedarfsanalyse noch eine Formulierung eindeutiger Anforderungen an die Projekte gab. Und so ist das Ergebnis: Große Träger bekommen weiter unverändert ihre Zuwendungen als ob es nie eine Neuausschreibung gegeben hätte, afrikanische Organisationen gehen leer aus, obwohl der Bedarf an kompetenter Arbeit für Menschen vom afrikanischen Kontinent groß ist; überdies werden Organisationen gefördert, die nicht mal ihren Sitz in Berlin haben. In Absprache mit einem Zusammenschluss kritischer Migrant_innenorganisationen fordern wir weiterhin eine bedarfsgerechte (Um-)Verteilung der Gelder.

Susanna Kahlefeld, MdB



WIE IN EUROPA GERADE DIE ENERGIEWENDE BADEN GEHT

Volle Kraft voraus in den Klimawandel

Der Klimawandel ist menschengemacht. Das hat der Weltklimarat in seinem neuen Bericht gerade erneut eindrücklich bewiesen. Wir müssen weltweit die Emissionen von schädlichen Klimagasen, vor allem CO₂, drastisch reduzieren. Sonst wird die Welt sich im Durchschnitt um mehr als 2° C erwärmen. Das, so die Wissenschaft, wäre zu viel für unsere Ökosysteme. Mehr Jahrhunderthochwasser, kältere Winter und staubigere Sommer wären auch bei uns die Folge. Global leiden schon heute

das Klima und machen uns unabhängiger von Importen.

Doch es wäre zu einfach, nur volkswirtschaftlich das Problem zu betrachten. Auch in Neukölln stöhnen viele Menschen wegen steigender Energiekosten. Das liegt vor allem an den explodierenden Heizölpreisen. Heizöl ist in den letzten zehn Jahren um 140 % teurer geworden. Musste ein Haushalt 2002 dafür rund 1.000 Euro im Jahr aufwenden, waren es in 2012 bereits 2.400 Euro.

Die Europäische Kommission hat im Januar Ziele für das Jahr 2030 vorgeschlagen. Es ist wichtig, dass diese möglichst bald beschlossen werden. Erstens geht es um viel Geld: Die Investor_innen – Unternehmen, Staaten, Rentenfonds, aber auch private Bürger_innen – brauchen Planungssicherheit. Zweitens soll 2015 ein neuer Weltklimavertrag – als Nachfolge des Kyoto-Protokolls – beschlossen werden. Dafür müssen alle Staaten bald sagen, auf welche Ziele sie sich verpflichten wollen.

Der Vorschlag der Kommission zeigt eines sehr deutlich: In Europa spielt Klimaschutz heute keine große Rolle mehr. Der deutsche Energiekommissar Günther Oettinger (CDU) möchte europaweit Atomkraft und die Verpressung von CO₂ im Untergrund fördern. Diese beiden Technologien haben hier in Deutschland eine klare Absage bekommen. Jedes Land hat in Europa bisher grundsätzlich das Recht, seinen Energiemix selbst zu bestimmen. Oettinger will jedoch allen vorschreiben, was sie machen dürfen und was nicht. Die Förderung von Erneuerbaren Energien wie bei uns über ein EEG (siehe Kasten) soll faktisch illegal werden. Auch deshalb braucht es ein starkes Signal bei den Europawahlen.

Wenn die Vorschläge der Kommission so beschlossen werden, dann gibt es keine Verpflichtung mehr für die Erneuerbaren-Ziele. Sie besteht für die einzelnen Staaten nur noch auf dem Papier. Und das Ziel für Energieeinsparung wurde komplett gestrichen. Dabei hätten mit drei ambitionierten Zielen 1,25 Millionen neuer Jobs geschaffen werden können. Das hat die Kommission sogar selbst

errechnet, aber die Wirtschaftslobby und die Staaten, die auf Atom und Kohle setzen, haben sich schlussendlich durchgesetzt. Laut einer Analyse des Öko-Instituts „Ecofys“ könnte die EU dann auch auf 65 % ihrer Importe von Erdgas verzichten.

Die Grünen fordern deshalb in allen drei Kategorien verbindliche und ehrgeizige Ziele. Das würde bedeuten, dass viele Betriebe sehr viel mehr Aufträge bekommen würden: für effizientere Geräte, für besser gedämmte Häuser oder für neue Anlagen. Das schafft Jobs und hilft dem Klima. Zudem würden allein in Deutschland über 20 Milliarden Euro an Stromkosten im Jahr eingespart werden, wenn es eine aktive Effizienzpolitik geben würde. Nirgends sonst ist Klimaschutz so profitabel!

Und was sagen die anderen Parteien dazu? Die SPD fällt leider nur mit einer Forderung auf: Die großen Betriebe in Nordrhein-Westfalen sollen sich nicht an den Kosten der Energiewende beteiligen. Hierfür kämpft Wirtschaftsminister Gabriel. Der Klimaschutz ist ihm scheinbar egal. Die CDU lässt ihre Schergen in Brüssel die deutsche Energiewende sabotieren und hofft, dass sich niemand hier mehr daran erinnert, dass Merkel mal eine „Klima-Kanzlerin“ war. Noch schlimmer ist die

rechtspopulistische Partei AfD, in der immer noch der Klimawandel geleugnet wird.

Deshalb braucht es ein klares Zeichen bei der Europawahl. Wenn die Grünen wieder stark im Europaparlament vertreten sind, werden sie sich dort weiter für das Klima und bezahlbare Energie einsetzen. Wer unabhängig von Energieimporten werden will, der darf die Erneuerbaren Energien nicht absagen. Und wer will, dass die Unternehmen investieren, der muss mit klaren Zielen auch Planungssicherheit schaffen. Mit einer Energiespar-Offensive muss gegen die sinnlose Verschwendung von Strom, Wärme und Kraftstoffen vorgegangen werden. Die EU muss schnell wieder zum Klimaschutzmotor werden, wenn das globale Abkommen 2015 noch erreicht werden soll. Europa ist aber nur so gut, wie wir es zulassen. Deshalb müssen am 25. Mai möglichst viele Grüne ins Europaparlament einziehen.

Georg P. Kössler

Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Energie der Grünen

Die europäischen Klimaziele			
	Offizielle 2020-Ziele	Entwurf 2030-Ziele	Grüne Forderung für 2030
CO ₂ -Reduktionsziel	- 20 %	- 40%	- 55 %
Mindestanteil Erneuerbarer Energien	20 %	27 %	45 %
Energieeinsparung	20 %	Kein Ziel	40 %

Millionen Menschen unter dem Klimawandel.

Europa war mal Vorreiterin im Klimaschutz. Und das schon aus finanziellen Gründen! Unser Kontinent importiert fossile Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas im Wert von über 400 Milliarden Euro im Jahr. Allein Deutschland zahlt 90 Milliarden. Rund ein Drittel unserer Einfuhren kommt dabei aus Russland. Die Energiewende ergibt also finanziell und außenpolitisch für uns in Europa Sinn. Denn Investitionen in Energieeffizienz und der Ausbau von Wind- und Sonnenenergie sparen Geld, schonen

Die europäischen Klimaziele

Die Europäische Union war 2010 schon einmal weiter: Ihre Klimaziele für das Jahr 2020 (siehe Tabelle) waren ein guter Start. Nur bei der Energieeinsparung haben alle verschlafen, etwas zu machen. Dafür entpuppen sich die Ziele für eine Reduzierung von CO₂ und für den Ausbau von erneuerbaren Energien als machbar. Hier wäre als Zielsetzung noch mehr drin gewesen! Dennoch haben sich die drei Ziele als wichtige Grundlage dafür erwiesen, dass überhaupt in den Ländern Klimaschutzpolitik begonnen wurde.

Grüne AG Migration/Integration bei den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014

Im Januar 2014 wurde ein Antrag der Grünen Fraktion (Drucksache 0807/XIX) mehrheitlich beschlossen, dass sich die BVV in 2015 an den Internationalen Wochen gegen Rassismus beteiligen möge. Doch unsere AG Migration/Integration wollte nicht so lange warten und engagierte sich schon in diesem Jahr.

Am 14. März 2014 lud sie in die Grüne Geschäftsstelle ein, Thema des Abends war eine kurze Präsentation des Ergebnisses bezüglich der kontinuierlichen, parlamentarischen Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung zum Thema „Ethnisch getrennten Klassen in Neukölln“. Nach einer regen Diskussion gab es stimmungsvolle Musik von den Trommelkids aus dem Nachbarschaftsheim Neukölln und ein wohlschmeckendes Buffet. Die AG Migration/Integration wird sich auch im nächsten Jahr an den Internationalen Wochen gegen Rassismus beteiligen.

Mehr Information zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus unter www.internationalen-wochen-gegen-rassismus.de

Mahi Christians-Roshanai
BVV-Fraktion

Ska Keller wurde im Jahr 2009 erstmals ins Europäische Parlament gewählt, wo sie der Fraktion Die Grünen/EFA angehört. Sie ist Mitglied im Handelsausschuss und im Innenausschuss. Im Handelsausschuss beschäftigt sie sich vor allem mit den entwicklungspolitischen Aspekten der EU-Außenhandelsbeziehungen und setzt sich dafür ein, dass die Handelspolitik der Europäischen Union die Ungleichheiten zwischen den Ländern des globalen Nordens und Südens nicht noch weiter verstärkt. Im Innenausschuss kämpft sie für die Stärkung der Rechte von Flüchtlingen und Migrant_innen sowie für eine

menschenwürdige Asylpolitik der Europäischen Union.

Ska ist 1981 in Guben, Brandenburg geboren und hat in Berlin und Istanbul Islamwissenschaft, Turnologie und Judaistik studiert. Vor ihrer Wahl ins Europaparlament war sie u.a. Mitglied im Bundesvorstand der Grünen Jugend, Sprecherin der Federation of Young European Greens (FYEG) sowie Landesvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen in Brandenburg. Mehr zu Ska unter www.ska-keller.de.

Foto: European Green Party



Flucht sollte niemals normal sein!

Im Februar wählten Bündnis 90/Die Grünen die erst 32 Jahre junge Europaabgeordnete Ska Keller auf Platz 3 ihrer Liste. Zuvor war die Brandenburgerin bei einer erstmals durchgeführten europaweiten Urwahl von rund 12.000 Menschen zur Spitzenkandidatin der Europäischen Grünen Partei gewählt worden. Ihr politischer Schwerpunkt ist neben Migrations- und Flüchtlingspolitik die Handelspolitik. Wir trafen Sie auf einen Kaffee.

Liebe Ska, die NPD macht in Neukölln Stimmung gegen Flüchtlinge und wettet gegen die Unterkunft. Was ist unsere grüne Antwort darauf? Es ist ja nicht nur die NPD, sondern auch Seehofer, der am rechten Rand fischt. Das ganze Parteienspektrum rutscht leider nach rechts. Gerade deswegen dürfen wir die rechte Propaganda nicht unwidersprochen stehen lassen. Wir Grüne lehnen diese Massenun-

terkünfte wie hier in Neukölln ab und verlangen Einzelunterkünfte, die menschenwürdiger sind und keine Angriffsfläche bieten. Natürlich wollen wir dezentrale Unterkünfte mit Qualität. Ein Heim im Wald zu errichten ist übrigens meistens auch teurer als leer stehende Wohnungen zu nutzen. Aber es muss jetzt ein Zeichen gesetzt werden: Es geht grundsätzlich darum, dass wir Leute in Not hier bei uns aufnehmen! **In Europa wird ja sehr unterschiedlich Flüchtlingspolitik gemacht...**

... oh ja, die Residenzpflicht gibt es nur in Deutschland! Woanders kennt man so was gar nicht! **Gibt es noch andere Punkte, wo wir von unseren europäischen Nachbarländern lernen können?**

Ja, teilweise herrscht dort eine ganz andere Logik. In Ländern wie Schweden gilt: Wenn die Flüchtlinge schon mal hier sind, dann helfen wir ihnen bei der Integration. In Deutschland

versuchen viele Politikerinnen und Politiker immer noch, die Menschen möglichst schnell wieder los zu werden und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass möglichst wenig nachkommen. Die Bundesregierung muss aufhören, ihre Minimalstandards europäisch durchzusetzen!

Während in der Flüchtlingspolitik europäisch noch viel geschehen muss, gibt es für den Grenzschutz eine eigene Agentur. Siehst Du schon Verbesserungen, nachdem Frontex in den letzten Jahren öffentlich in die Kritik gekommen ist?

Wir Grüne haben nicht grundsätzlich etwas gegen die Koordinierung des Grenzschutzes. Frontex aber hat nichts zu dem beizutragen, was wir eigentlich brauchen: Wir brauchen ein Grenzregime, welches human ist und den Grenzverkehr so regelt, dass die Menschen sicher über die Grenze kommen. Stattdessen schirmt Frontex Europa ab. Im Europaparlament kön-

nen wir diese Agentur nicht einmal richtig kontrollieren, sondern sind selbst als Abgeordnete auf Berichte Dritter angewiesen.

Gibt es gar keine Verbesserungen?

Doch, es gibt mittlerweile eine eigene Menschenrechtsstrategie in der Agentur. Und wir Grüne haben das durchgesetzt.

Wie haben die Grünen mit nur 58 von 766 Abgeordneten das geschafft?

Wir haben im Europaparlament – erst im Ausschuss und dann im Plenum – dafür die Mehrheit gesammelt und das gegen den Rat durchgesetzt. Wir haben am Ende sogar noch in den Haushaltsverhandlungen Druck ausgeübt, dass die Stelle nicht nur geschaffen, sondern auch besetzt wird.

Wenn die EU so auf Grenzkontrollen bedacht ist, ist sie mit den derzeitigen Regelungen wohl nicht darauf aus, eine Gesamtverantwortung für die Aufnahme von Geflüchteten zu übernehmen?

BUNDESKANZLERIN MERKEL UND WIRTSCHAFTSMINISTER GABRIEL DÜRFEN DEN VERTRETERN DER ALTEN ENERGIEPOLITIK NICHT DAS FELD ÜBERLASSEN

Die ausgebremste Energiewende

2007 war ein viel versprechendes Jahr – für's Klima und für nachhaltiges Wachstum in Europa: Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft legten die Mitgliedsstaaten Klimaziele für 2020 fest: weniger Treibhausgasemissionen, weniger Energieverbrauch und mehr Erneuerbare. Das galt damals noch als Konsens.

Sieben Jahre später hat sich der Wind gedreht: 2014 scheint kein gutes Jahr für die Klima- und Energiepolitik zu werden: Langsam dämmert es den Regierungen von Ländern wie Großbritannien und Polen, dass weitere ehrgeizige Ziele für Erneuerbare Energien ihren nationalen Projekten im Weg stehen, zum Beispiel dem Ausbau der Atomkraft oder der weiteren Gewinnung von Strom aus Kohle. Sie wehren sich deshalb mit allen Mitteln gegen verbindliche Vorgaben über 2020 hinaus. Und die deutsche Bundesregierung hat all ihren Klima-Ehrgeiz verloren.

Der Vorschlag, den die EU-Kommission im Januar vorgelegt hat, ist dann auch mehr als schwach: Ein Ziel zur Energieeinsparung wird erst gar nicht festgelegt. Die CO₂-Emissionen sollen bis 2030 zwar um 40 Prozent sinken und der Anteil der Erneuerbaren Energien soll auf 27 Prozent steigen. Aber es gibt keine nationalen Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es bleibt also viel Spielraum für die Atom- und Kohlefans unter den Mitgliedsstaaten. Auch die Höhe der Ziele lässt zu wünschen übrig: Eine 40-prozentige Minderung der Treibhausgasemissionen bleibt weit hinter dem zurück, was möglich ist, und ist weit von dem entfernt,

was notwendig wäre, um den Klimawandel auf zwei Grad zu begrenzen. Insbesondere angesichts des massiven Überangebots an Zertifikaten im europäischen Emissionshandel erfordert dieses Ziel kaum zusätzliche Anstrengungen von der Industrie.

Das Schreckensbild der Deindustrialisierung

Schuld daran sind nicht nur einzelne Mitgliedsstaaten, sondern auch der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und sein deutscher EU-Energie-Kommissar Günther Oettinger. Immer wieder malen sie das Schreckensbild der Deindustrialisierung Europas an die Wand, wenn Klimaziele angeblich die Energiepreise in die Höhe treiben. Und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel lässt sie gewähren.

Es stimmt, dass die Energiepreise in Europa höher sind als beispielsweise in den USA – und das schon lange. Trotzdem steigt der Export von europäischen Unternehmen weiter. Für die Wettbewerbsfähigkeit kommt es in erster Linie nicht auf den Energiepreis an, sondern auf die Energiekosten. Wer in der Lage ist, mit weniger Energie mehr zu erreichen, setzt sich auch im internationalen Wettbewerb durch.

Fracking ist keine Alternative

Das zweite Argument der Klimafossile in Brüssel: Der Gaspreis ist zu hoch. Günther Oettinger hat die Schuldigen dafür schnell identifiziert: Es sind die überängstlichen Politikerinnen und Politiker und Bürgerinnen und Bürger, die die Nutzung von Schiefergas in der EU verhindern wollen. Schiefergas ist – laut Oettinger und Co – DIE Zukunftstechnologie.

Erfahrungen in anderen Ländern und Studien zeigen aber das Gegenteil: Die verwendeten giftigen Chemikalien bedrohen die Qualität des

Grundwassers. Zudem wäre Fracking in der EU niemals so günstig wie in den USA. Die EU ist deutlich dichter besiedelt, was die Möglichkeiten der extrem flächenintensiven Schiefergasförderung einschränkt. Außerdem gelten in der EU strengere Regeln zum Gesundheits- und Umweltschutz. Schon jetzt wird die Wirtschaftlichkeit der Schiefergasförderung auch in den USA in Frage gestellt und Unternehmen wenden sich von Schiefergasprojekten ab.

Eine Lösung: Verbindliche Energieeinsparziele bis 2030. Wie könnte also die Lösung aussehen? Wir brauchen drei ehrgeizige und verbindliche Ziele für 2030. Es ist an den Staats- und Regierungschefs, die europäische Klima- und Energiepolitik wieder auf den richtigen Pfad zu bringen. Dabei kommt dem Energiewendeland Deutschland eine besondere Verantwortung zu. Es reicht nicht, zu Hause Atomkraftwerke abzuschalten und auf Erneuerbare Energien zu setzen.

Besonders wichtig ist ein verbindliches Energieeinsparziel für 2030. Für 2020 war das Einsparziel das einzige, das nicht verbindlich festgelegt wurde. Es ist voraussichtlich auch das einzige Ziel, das die EU verfehlen wird. Dabei liegt gerade in der Ener-

Mehr zu Rebecca unter www.rebecca-harms.de.

gieeinsparung ein unglaublich großes Potential. Aus diesem Fehler müssen wir lernen. Das EU-Parlament hat vor ein paar Wochen gefordert, den Energieverbrauch bis 2030 um 40 Prozent zu reduzieren. Eine ehrgeizige und nachhaltige Energiepolitik schont nicht nur das Klima und die Ressourcen, sondern bietet auch Chancen für innovative saubere Technologien und zukunftsfähige Jobs. In Deutschland arbeiten im Erneuerbarektor heute fast 400.000 Menschen. Diese Möglichkeiten zu ignorieren wäre nicht nur dem Klima gegenüber verantwortungslos, sondern auch den Menschen.

Rebecca Harms ist Co-Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen zur Europawahl 2014. Sie ist seit 2004 im Europaparlament und seit 2010 Co-Vorsitzende der Fraktion Grüne/EFA.

Sie arbeitet unter anderem in den Ausschüssen für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, für Industrie, Forschung und Energie sowie im Fischereiausschuss mit und setzt sich dort ein für einen dauerhaften internationalen Atomausstieg und eine nachhaltige EU-Klima- und Umweltpolitik mit verbindlicheren Klimazielen sowie eine breitere Mitsprache von Expert_innen und Zivilgesellschaft dabei. Harms ist gelernte Baumschul- und Landschaftsgärtnerin. Politisch geprägt wurde sie vor allem von der Anti-Atomkraft-Bewegung: Bereits 1977 gründete sie mit anderen die Bürger_inneninitiative gegen das atomare Endlager in Gorleben, das in ihrer Nachbarschaft gebaut werden sollte. Von 1994 bis 2004 war sie Landtagsabgeordnete in Niedersachsen.

Rebecca Harms ist Co-Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen zur Europawahl 2014. Sie ist seit 2004 im Europaparlament und seit 2010 Co-Vorsitzende der Fraktion Grüne/EFA. Sie arbeitet unter anderem in den Ausschüssen für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, für Industrie, Forschung und Energie sowie im Fischereiausschuss mit und setzt sich dort ein für einen dauerhaften internationalen Atomausstieg und eine nachhaltige EU-Klima- und Umweltpolitik mit verbindlicheren Klimazielen sowie eine breitere Mitsprache von Expert_innen und Zivilgesellschaft dabei. Harms ist gelernte Baumschul- und Landschaftsgärtnerin. Politisch geprägt wurde sie vor allem von der Anti-Atomkraft-Bewegung: Bereits 1977 gründete sie mit anderen die Bürger_inneninitiative gegen das atomare Endlager in Gorleben, das in ihrer Nachbarschaft gebaut werden sollte. Von 1994 bis 2004 war sie Landtagsabgeordnete in Niedersachsen.

Rebecca Harms ist Co-Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen zur Europawahl 2014. Sie ist seit 2004 im Europaparlament und seit 2010 Co-Vorsitzende der Fraktion Grüne/EFA. Sie arbeitet unter anderem in den Ausschüssen für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, für Industrie, Forschung und Energie sowie im Fischereiausschuss mit und setzt sich dort ein für einen dauerhaften internationalen Atomausstieg und eine nachhaltige EU-Klima- und Umweltpolitik mit verbindlicheren Klimazielen sowie eine breitere Mitsprache von Expert_innen und Zivilgesellschaft dabei. Harms ist gelernte Baumschul- und Landschaftsgärtnerin. Politisch geprägt wurde sie vor allem von der Anti-Atomkraft-Bewegung: Bereits 1977 gründete sie mit anderen die Bürger_inneninitiative gegen das atomare Endlager in Gorleben, das in ihrer Nachbarschaft gebaut werden sollte. Von 1994 bis 2004 war sie Landtagsabgeordnete in Niedersachsen.

Rebecca Harms ist Co-Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen zur Europawahl 2014. Sie ist seit 2004 im Europaparlament und seit 2010 Co-Vorsitzende der Fraktion Grüne/EFA. Sie arbeitet unter anderem in den Ausschüssen für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, für Industrie, Forschung und Energie sowie im Fischereiausschuss mit und setzt sich dort ein für einen dauerhaften internationalen Atomausstieg und eine nachhaltige EU-Klima- und Umweltpolitik mit verbindlicheren Klimazielen sowie eine breitere Mitsprache von Expert_innen und Zivilgesellschaft dabei. Harms ist gelernte Baumschul- und Landschaftsgärtnerin. Politisch geprägt wurde sie vor allem von der Anti-Atomkraft-Bewegung: Bereits 1977 gründete sie mit anderen die Bürger_inneninitiative gegen das atomare Endlager in Gorleben, das in ihrer Nachbarschaft gebaut werden sollte. Von 1994 bis 2004 war sie Landtagsabgeordnete in Niedersachsen.

Die Energiewende als Chance für die Krisenstaaten

Gerade in den Krisenstaaten des Südens bietet die Energiewende eine enorme Chance zur nachhaltigen Transformation. Auch deshalb müssen wir jetzt Ernst machen mit einer gemeinsamen europäischen Energiewende. Grundlage dafür sollte ein neuer Pakt sein wie einst der für Kohle und Stahl oder Euratom. Diesmal müssen aber Effizienz und Erneuerbare Energien die Hauptrollen spielen.

Rebecca Harms

1



NAME Rebecca Harms

ALTER 57

WOHNORT Niedersachsen

BERUF Filmemacherin/Gärtnerin

IM PARLAMENT 10 Jahre

THEMEN Klimaschutz und Energiepolitik

Foto: Markus Wächter



NAME José Bové

ALTER 60

WOHNORT Causse du Larzac/Frankreich

BERUF Landwirt

IM PARLAMENT 5 Jahre

THEMEN Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

An der Seite von Ska Keller wurde José Bové zum Spitzenkandidaten der Europäischen Grünen Partei gewählt. Der 62-jährige Franzose setzt sich für eine nachhaltige und genmanipulationsfreie Landwirtschaft ein – auf seinem Bauernhof in Frankreich und in der ganzen Welt. 2009 wurde er als Spitzenkandidat des Bündnisses Europe Écologie in

Foto: European Green Party

das Europäische Parlament gewählt. Er ist dort stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Als Abgeordneter hat er sich der Grünen Fraktion im EP angeschlossen. Davor war Bové weniger aktiver Politiker als politisch aktiver Landwirt, der sich für die Rechte der Landwirt_innen wie auch der Tiere und Pflanzen einsetzte – wenn nötig auch mit

Taten. Als ehemaliger Sprecher der Via Campesina, der internationalen Vereinigung von Kleinbäuer_innen und Landarbeiter_innen, versteht er die heutigen Herausforderungen nicht als zwischenstaatlich, sondern vielmehr als global und über die Grenzen hinweg – nicht nur im Bereich der Landwirtschaft.

Mehr zu José unter www.jose-bove.eu.

Nein, derzeit tragen die Staaten, wo die Flüchtlinge zuerst ankommen, die Verantwortung allein. Es gibt keinen fairen Mechanismus zur Aufteilung in Europa. Genauso gibt es aber abgesehen von der BlueCard für Hochqualifizierte keine echte Möglichkeit für Zuwanderung, obwohl unsere Gesellschaft immer älter wird. Es muss doch auch eine Möglichkeit geben, auf legale Weise nach Europa kommen zu dürfen!

Dabei ist doch damit zu rechnen, dass Flüchtlinge nicht weniger werden. Immerhin wird der Klimawandel für immer mehr Migration sorgen...

Flucht sollte niemals normal sein! Migration ist aber schon immer Normalität. Es ist auch gar nicht so einfach, zwischen „MigrantInnen“ und „Flüchtlingen“ zu unterscheiden. Schon heute ist ein Großteil der weltweiten Binnenvertriebenen – also Menschen die innerhalb ihres eigenen Landes auf der Flucht sind – dem Kli-

mawandel geschuldet. Diese Staaten müssen auch unterstützt werden.

Viele Menschen wollen ja aus Ländern des globalen Südens zu uns kommen – auch auf Grund von wirtschaftlicher Not. Welche Auswirkungen wird das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA auf diese Länder haben?

Länder im Süden, zum Beispiel Mexiko oder auch in Westafrika, sind zum Einen schon nervös. Denn durch einen verstärkten Handel zwischen Europa und Nordamerika könnten diese Länder heutige Vorteile einbüßen mit teils gravierenden Folgen. Zum Anderen sind die Handelsverflechtungen global sehr kompliziert, die Auswirkungen können wir noch gar nicht abschätzen. Hier muss die EU-Kommission sich mal strategisch aufstellen! Doch für sie ist Handel nur dazu da, mehr Absatzmärkte zu schaffen. Wir wollen, dass Handelspolitik zuallererst für die Menschen da ist

und nicht für die Großunternehmen. Aber sind multilaterale Abkommen nicht gerade nach dem Scheitern der WTO-Verhandlungen wichtig? ...aber dann doch noch lieber im Rahmen einer reformierten Welthandelsorganisation als bilateral, was ja noch ungerechter ist! Wir Grüne sind nicht grundsätzlich gegen Handelsabkommen – aber die Kommission verhandelt intransparent ein unfaires Abkommen. Wir können auch nicht einfach unsere Standards allen aufzwingen. Einige Länder des Südens könnten die nicht so einfach erreichen! Ich bin für Handel – aber fair. Könnte man nicht sagen, dass es gut ist, wenn Europa in der Welt mehr Gewicht bekommt? Also durch TTIP wird das nicht passieren, denn die USA verhandeln parallel auch im pazifischen Raum und machen Europa auch keine guten Angebote. Das Gute an TTIP ist aber, dass durch die europaweiten Proteste

dagegen auch die Zivilgesellschaft auf beiden Seiten aufwacht. Das hat Potenzial!

Zum Schluss: Wie europäisch wird der Grüne Wahlkampf?

Mein französischer Ko-Spitzenkandidat José Bové und ich sind schon sehr viel unterwegs und reden zu Schwerpunktthemen wie Grüner Wirtschaft, Demokratie und Sozialer Gerechtigkeit. José ist französischer Bauer, ich wohne unter anderem in Kreuzberg und mache Flüchtlingspolitik. Wir ergänzen uns gut und versuchen gemeinsam, der Grünen Kampagne ein europäisches Gesicht zu geben. Es ist toll, dass die Neuköllner Grünen auch internationale Plakate im Wahlkampf hängen. Denn es geht bei der Wahl nicht nur um Deutschland, sondern um ein besseres Europa! Dabei wünschen wir Dir weiterhin viel Erfolg!

Das Gespräch führten Georg P. Kössler und Sibylle Steffan

Taten. Als ehemaliger Sprecher der Via Campesina, der internationalen Vereinigung von Kleinbäuer_innen und Landarbeiter_innen, versteht er die heutigen Herausforderungen nicht als zwischenstaatlich, sondern vielmehr als global und über die Grenzen hinweg – nicht nur im Bereich der Landwirtschaft.

Mehr zu José unter www.jose-bove.eu.

Das Gespräch führten Georg P. Kössler und Sibylle Steffan



Schwarz-Rote Versuche zur CO₂-Minderung
Montage: Kalle Erlacher

Der Neuköllner Integrationsausschuss

2011 wurde er in allen Bezirken auf Basis des neuen Partizipations- und Integrationsgesetzes (PartIntG) eingeführt und Neukölln hat seitdem einen Migrationsbeirat und den Integrationsausschuss. Einmal monatlich tagt der Integrationsausschuss innerhalb oder außerhalb des Rathauses. Die Mitglieder sind Ansprechpartner_innen für Vereine, Initiativen und sonstige Organisationen, die sich mit Fragen im Zusammenhang mit der Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund befassen, sowie für Einzelpersonen bei auftretenden Problemen. Ihre Ansprechpartner_innen der Grünen Fraktion sind Mahi Christians-Roshanaei und Jochen Biedermann (Kontakt Daten unter gruenlink.de/qvm).

DAS HANDELSABKOMMEN TTIP

An der Zivilgesellschaft führt kein Weg vorbei

Wir können uns als Verbraucherinnen und Verbraucher in der Europäischen Union darauf verlassen, dass Inhaltsstoffe für Lebensmittel streng gekennzeichnet sind. Für eine Zulassung müssen sie gemeinsamen Mindeststandards entsprechen. Belastungen und mögliche Schäden werden im Voraus vermieden. Das europäische Vorsorgeprinzip ist fester Bestandteil der Umwelt- und Gesundheitspolitik, mit dem auch ohne wissenschaftlich endgültigen Nachweis der Schädlichkeit die Gentechnik in der EU weitläufig verboten worden ist.

In den USA gibt es keine derartige Kennzeichnungspflicht. 90 Prozent des verwendeten Mais sind bereits gentechnisch verändert, doch welche Produkte davon betroffen sind, wird den Konsumentinnen und Konsumenten vorenthalten. Zudem gilt statt des Vorsorgeprinzips die Praxis, neue Produkte schnell zuzulassen. Bei erwiesener Gesundheitsschädlichkeit wird einfach gegen die Konzerne geklagt. In den Verhandlungen zwischen der EU und den USA um das Handelsabkommen TTIP fürchten Nichtregierungsorganisationen daher, dass der Vorsorge-Grundsatz Schaden nehmen wird.

Uns droht aber nicht nur ein Aufweichen von Standards. TTIP hat das Potential, die Demokratien auf beiden Seiten des Atlantiks zu untergraben und die Perspektive der Entwicklungs- und Schwellenländer fehlt in der Debatte um das Handelsabkommen sowieso.

Um was geht es?

Das TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zielt auf die Beseitigung von Handelshemmnissen ab, die den Kauf und Verkauf von Waren und Dienstleistungen zwischen der EU und den USA beschränken. Solche Beschränkungen sind klassischerweise Zölle, die allerdings im Handel zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken kaum noch eine Rolle spielen. Um den heimischen Markt für die jeweils andere Seite zu öffnen, planen die EU-Kommission und die US-Regierung daher insbesondere den Abbau sogenannter nichttarifärer

Handelshemmnisse. Zu diesen Handelshürden gehören Standards und Normen, die Gleichbehandlung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge oder Zulassungsverfahren für neue Produkte.

Technische Angleichungen können verbraucherfreundlich sein, beispielsweise wenn der Staubsaugerbeutel in anderen Ländern genauso gewechselt wird wie zuhause. Für den europäischen Binnenmarkt vereinheitlichen Organisationen der Mitgliedsstaaten diese Industrienormen in einem Abstimmungsverfahren, nachdem alle möglichen Varianten öffentlich diskutiert worden sind.

Die Wirtschaft verspricht Wachstum

Das TTIP-Abkommen sieht für diese Vereinheitlichungen zwischen der EU und den USA einen geheim tagenden Rat aus nicht-gewählten Handelsdiplomaten und -diplomatinnen und -diplomatinnen und -vertreterinnen und -vertretern vor. Er soll gemeinsame Regularien beraten und für die Zukunft festlegen. Dieses Verfahren der regulatorischen Harmonisierung umgeht demokratische Entscheidungsprozesse und schränkt Handlungsspielräume der Gesetzgebung dauerhaft ein. Statt des Nutzens für Verbraucherinnen und Verbraucher stehen Konzerninteressen an erster Stelle: Konzerne verschaffen sich erleichterten Marktzugang und sparen Produktionskosten. Verständlicherweise rannte Angela Merkel bei den Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern des Bundes der Deutschen Industrie offene Türen ein, als sie feststellte: „Nichts wünschen wir uns mehr als ein Freihandelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten.“

Das Hauptargument, mit dem Wirtschafts- und Regierungskreise bei der Bevölkerung für das Handelsabkommen werben, ist die Schaffung

neuer Arbeitsplätze – laut IFO-Institut davon 109.300 allein in Deutschland. Studien aus weniger TTIP-freundlichen Kreisen bezweifeln hingegen das versprochene Ausmaß des Aufschwungs. Das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) steige dank TTIP maximal um 0,01 Prozent in einem Zeitraum von zehn Jahren. Das auf das Handelsabkommen zurückführbare Wirtschaftswachstum ist demzufolge marginal.



Illustration:
Kalle Erlacher

Bürgerinnen und Bürger haben keine Möglichkeit, diese Berechnungen nachzuvollziehen, da der gesamte Verhandlungsprozess im Geheimen verläuft. Alles, was bislang dennoch an die Öffentlichkeit gedrungen ist, deutet auf große Einschnitte in demokratische Entscheidungsverfahren hin, die sich selbst durch die Vorteile eines höheren Wirtschaftswachstums nicht rechtfertigen lassen.

Konzerninteressen ersetzen Demokratie

Die 28 Mitgliedsstaaten haben der EU-Kommission den Auftrag erteilt, TTIP für sie auszuhandeln. Da die EU alleinige Kompetenz in der Handelspolitik besitzt, sitzt die Generaldirektion Handel mit der US-Regierung am Verhandlungstisch. Nicht nur die Öffentlichkeit ist von den einzelnen Verhandlungsrunden ausgeschlossen, sondern auch die mit Handel beschäftigten Abgeordneten in Europaparlament. Obwohl sie keinen Einfluss auf die Ausgestaltung haben, wird ihnen das fertig ausgehandelte Abkommen vor Inkrafttreten zur Ratifizierung vorgelegt. Sobald TTIP auch die politischen Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten berührt, also in mehr als nur Handelspolitik eingreift, müssten sie es als sogenanntes „gemischtes Abkommen“ voraussichtlich ebenfalls ratifizieren. Sollten die Abgeordneten des Europaparlamentes oder eines nationalen Parlamentes TTIP ablehnen, ist das weitere Verfahren noch unklar. Die Verantwortlichen gehen davon aus, dass das Handelsabkommen kommt.

Einmal in Kraft getreten, ist TTIP als lebendiges Abkommen („living agreement“) angelegt. Es beinhaltet Mechanismen, durch die konstant weiterverhandelt werden kann, worauf sich beide Seiten bisher nicht einigen konnten.

Neben der schon angesprochenen regulatorischen Harmonisierung gemeinsamer Standards, soll TTIP auch Klauseln zum Investitionsschutz enthalten, die Investor-Staatsklagen ermöglichen. Demnach könnten Konzerne gegen die Politik im Gastland klagen, wenn sie Gewinne aus ihren Investitionen bedroht sehen. Diese Klagen landen nicht etwa vor öffentlichen Gerichten, sondern vor geheim tagenden Schiedsgerichten. Drei von den streitenden Parteien benannte Privatpersonen fallen hier für Staaten verbindliche Urteile ohne die Möglichkeit der Revision.

Dadurch entstehen immer neue Einschränkungen demokratischer Entscheidungsfindung zu Gunsten von Konzernen. Das Ergebnis ist ausufernde Liberalisierung zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Fairer Handel sieht anders aus

Das Handelsabkommen beleuchtet grell den Konflikt zwischen Konzernmacht und Demokratie – wohlgermerkt auf beiden Seiten des Atlantiks. Bei wirtschaftlich erstarkenden Schwellenländern mag ein Auffrischen des transatlantischen Bündnisses wichtig sein, nur kann TTIP das in der derzeitigen Form nicht leisten. Genauso wenig wird es dem Verhältnis der EU und der USA dauerhaft schaden, wenn die Zivilgesellschaft in den Verhandlungsprozess eingebunden würde. Wer TTIP ablehnt, ist also nicht automatisch anti-amerikanisch. In der öffentlichen Diskussion liegt vielmehr die Chance, Gemeinsamkeiten wieder zu entdecken und gemeinsam gegen das Untergraben der Demokratie einzutreten.

Diese Debatte muss auch aus der Perspektive der Entwicklungs- und Schwellenländer geführt werden, die von diesem Handelsbündnis stark betroffen wären. Denn die Handelsagenda der USA und der EU lassen mit einem bilateralen Abkommen wie TTIP Asymmetrien im Welthandel außer Acht. Entwicklungs- und Schwellenländer könnten ihren erleichterten Marktzugang verlieren und noch weniger am Welthandel teilnehmen, wenn sie die transatlantischen Normen nicht erreichen können. Wir brauchen in der EU daher eine Positivagenda, die Kriterien für global fairen Handel festlegt – einen Handel, der demokratische Entscheidungsprozesse achtet und die Möglichkeit lässt, Sozial- und Umweltstandards weiter zu entwickeln. Mit einer solchen Agenda können wir auch TTIP so gestalten, dass die Zivilgesellschaft das Handelsabkommen unterstützt.

Sibylle Steffan
Sprecherin der LAG Europa Berlin

Homophobie in Europa – Nicht mit uns!

Mindestens 60.000 Teilnehmer_innen waren es, die am 30. Juni 2013 die Istiklal – die Straße der Freiheit – in Beyoglu in Istanbul heruntergelaufen sind, um für ihre Rechte zu demonstrieren. Der Anblick war atemberaubend. Vom Taksim-Platz bis zur Tunnel-Bahn sangen und tanzten Menschen und trugen buntgestreifte Flaggen, die die Straße in ein Regenbogenmeer verwandelten.

Die Grünen in der Türkei sind mittendrin. Sevil Turan, Sprecherin der türkischen Grünen, erzählt: „Wir unterstützen die LGBTTIQ*-Bewegung. Wir sind tief in ihr verwurzelt.“ *lesbian-gay-bisexual-transsexual-transgender-intersexual-queer

Eine Ausnahme? – Ganz im Gegenteil!

In Amsterdam ist die Gay Pride mittlerweile eine Art Volksfest. LG-BTTIQ ist ein Kernthema bei so gut wie allen politischen Parteien in den

Niederlanden. Trotzdem sind es auch hier vor allem die Grünen, die in allen Politikbereichen queere Themen auf die Tagesordnung setzen – sei es in der Haushalts- oder der Familienpolitik.

In Finnland haben die Grünen den offen schwul lebenden Peeka Haavisto als Präsidentschaftskandidaten ins Rennen geschickt. In der Stichwahl bekam er 37 % (!), nachdem er sich erfolgreich gegen die Mitbewerber_innen in der ersten Runde durchgesetzt hatte.

In Griechenland haben die Grünen die erste offen lesbische Kandidatin aufgestellt. Die spanischen Grünen haben, was sexuelle Orientierung und Identität angeht, eine ähnliche Mitgliederstruktur wie die Grünen in Köln. Und in Serbien waren die Grünen die einzige Partei, die öffentlich die Parade (den Belgrader CSD) unterstützt hat.

Auch im Europaparlament haben

die Grünen mit dem Lunacek-Bericht (benannt nach der Grünen Abgeordneten Ulrike Lunacek aus Österreich) das Thema Homo- und Transphobie auf die Agenda gesetzt. Gerade hat Ulrike Lunacek für ihr Engagement gegen Homophobie den „Outstanding Contribution Award“ des Europaparlaments erhalten.

Gesetze gut, alles gut?

All das reicht uns aber noch nicht. Wir wollen nicht nur parlamentarisch gegen Diskriminierung angehen, wir unterstützen auch zivilgesellschaftliche Initiativen. Denn nur durch eine breit getragene gesellschaftliche Auseinandersetzung wird sich langfristig etwas in den Köpfen der Menschen ändern.

In ganz Europa zeigen die Grünen, dass sie Seite an Seite mit queeren Bewegungen gegen Diskriminierungen und für eine offene, vielfältige Gesellschaft kämpfen. GRÜN bedeutet

nämlich nicht nur Umwelt- und Energiepolitik, sondern Nachhaltigkeit in all ihren Facetten – und dazu gehört eine Gesellschaft ohne Homophobie!

Terry Reintke

Jüngste Grüne auf der Liste zum Europaparlament und Kandidatin der Grünen Jugend, mehr zu Terry unter www.terryreintke.eu.



Foto: Lothar Kemmerzell

HANDELSABKOMMEN TTIP

Das Trojanische Pferd beim Sturm der Lobbyisten auf die Europäische Demokratie

Europa ist Freiheit. Entscheidungsfreiheit. Durch das direkt gewählte Europaparlament setzen Bürgerinnen und Bürger der EU dem Binnenmarkt Regeln: gegen giftige Chemie und Gentechnik im Essen. Für mehr Erneuerbare Energien und Banken, die endlich den Menschen dienen. Das ist ein Gewinn dank der Vereinigung Europas. Denn Deutschland ist im globalen Maßstab inzwischen zu klein für eine soziale Marktwirtschaft. Große Konzerne können einzelne Länder gegeneinander ausspielen. Auch die Banken haben das in der Krise oft getan. Nur gemeinsam kann die EU die Bedingungen diktieren. Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP, wird bisher vor allem für Chlor-desinfizierte Hühnchen, Gemais und Rindfleisch voller Hormone kritisiert. Auch wir wollen gesundes Essen, das sind richtige Argumente. Aber noch gefährlicher ist der Angriff durch TTIP auf unser demokratisches Recht, unsere Marktwirtschaft sozial und ökologisch gestalten zu können.

Privilegiertes Rechtssystem für Konzerne

Denn im TTIP-Vertrag sollen neue Sondergerichte und ein Klagerecht speziell für Konzerne festgeschrieben werden. Scheinbar ungefährlich ist von „Investitionsschutz“ die Rede. Konzerne bekommen „gerechte und billige Behandlung“ garantiert. Doch dahinter verbergen sich knallharte Regeln zum Schutz der politischen Interessen von großen Investoren. In solchen Schiedsgerichten entscheiden nicht Richter, sondern spezialisierte Anwälte, die oft vorher Konzerninteressen vertreten haben. Verhandelt wird geheim. Entscheidungen können nicht durch ordentliche Gerichte angefochten werden. Die Folge: Mit Verweis auf diesen schwammigen Schutzstandard in schon bestehenden Verträgen klagt der Energiebetreiber Vattenfall gegen den Atomausstieg in Deutschland und verlangt über 3,7 Mrd. Euro Schadensersatz. Durch TTIP entstünde ein umfassendes privilegiertes Rechtssystem für internationale Investoren. Dem müssten sich alle TTIP-Mitgliedstaaten, deren

Parlamente, Regierungen und sogar Gerichte unterordnen.

Inzwischen sagt die Bundesregierung, diese neuen Schiedsgerichte seien gar nicht nötig. Das Verhandlungsmandat gilt aber weiter. Wenn die Bundesregierung Investor-Staatsklagen wirklich ablehnt, muss sie auch das Freihandelsabkommen mit Kanada ablehnen oder ändern. Der „CETA“ abgekürzte Vertrag ist zwar fertig verhandelt, aber weder vom Rat noch vom Europaparlament beschlossen. Würde er in Kraft treten, könnten amerikanische Konzerne von ihrem Sitz in Kanada klagen. Auch ohne TTIP. Quebec wird bereits nach ähnlichen Regeln wegen dem Moratorium für Fracking verklagt. Beide Abkommen gehen so gar nicht.

Europas demokratische Erfolge stehen auf dem Spiel

Mit Blick auf die europäische Erfolgsgeschichte wären solche Sondergerichte jedenfalls ein riesiger Rückschritt. Die europäische Einigung brachte Frieden. Die soziale Marktwirtschaft brachte große Fort-

schritte zu sozialem Frieden in die Gesellschaft. Ihr geistiger Vater, Alfred Müller-Armack, Staatssekretär unter Ludwig Erhard, wollte, dass der Markt als „tragendes Gerüst“ in „eine bewusst gesteuerte und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ eingebettet wird. Bürgerbewegungen und Grüne Parteien haben zum sozialen auch ein ökologisches Gerüst dazu gebaut. In den 1970ern wehte der saure Regen über europäische Binnengrenzen und langsam übernahm die EU den zum Handel passenden Umweltschutz. Giftige Chemikalien konnten zurückgedrängt werden, aus unserer Nahrung, den Flüssen und der Luft. Agro-Gentechnik ist bisher in Europa verboten – so wie 78 Prozent der Menschen in Deutschland es wollen. Fortschritt kam oft langsam, war mühsam erkämpft. Aber je mächtiger das Europaparlament wurde, desto mehr konnte es den Willen der Bürgerinnen und Bürger durchsetzen. Massentierhaltung, Kohle und Atom, betrügerische Banken: Bisher können wir hoffen, dass Protest und neue Mehrheiten Probleme lösen konnten.

Ob die Demokratie noch reagieren kann, steht jetzt aber auf dem Spiel. Ein Ende des sozialen und ökologischen Fortschritts droht durch die dauerhafte „regulatorische Zusammenarbeit“, mit der TTIP zum „lebenden“ Vertragswerk werden soll. Die Gremien, die Leben in den Vertrag bringen sollen, klingen aber eher nach Frankenstein. Dort sollen Lobbyisten diskutieren, ob von den Parlamenten diskutierte neue Regeln schädlich für den Handel im Geltungsbereich des TTIP sein könnten. Schon jetzt kritisieren viele zu Recht den Einfluss von Lobbyisten in Brüssel. Aber obwohl es viel mehr Lobbyisten als Abgeordnete gibt, behält die Demokratie immer wieder die Oberhand. Wenn

TTIP käme, würden die Machtverhältnisse umgekehrt. Lobbyisten und der US-Kongress bekämen ein Veto in europäischen Entscheidungen. Das ist nicht die Freiheit, die wir an Europa lieben.

Volle Transparenz bei den Verhandlungen

Eine öffentliche Debatte über diese Bedenken ist kaum möglich, weil die laufenden Verhandlungen geheim sind. Um endlich frei diskutieren zu können, haben wir Grünen das Verhandlungsmandat jetzt unter www.ttip-leak.eu veröffentlicht, damit sich alle selbst ein Bild davon machen können. Wichtige Teile der Verhandlungen bleiben aber geheim. Dabei kennen NSA und amerikanische Verhandler die Papiere doch wahrscheinlich ohnehin. Und warum macht die EU dann ihre Positionen in Verhandlungen der Welthandelsorganisation und bei Welt-Klimagipfeln öffentlich?

Wir wollen die volle Transparenz der Verhandlungen um TTIP. Wir wollen ein Verhandlungsmandat, das unsere demokratische Selbstbestimmung und unsere sozialen und ökologischen Standards unangestastet lässt und keine Sonderrechte für Konzerne schafft. Deshalb werden wir die Europawahl am 25. Mai zu einer Abstimmung über TTIP machen. Ohne ein neues, viel schlankeres Verhandlungsmandat gibt es mit uns kein Abkommen. Der Sozialdemokrat Martin Schulz und der Konservative Jean-Claude Juncker kämpfen bei der Wahl um den Job als EU-Kommissionspräsident. Beide werden zu einer Mehrheit Koalitionspartner brauchen. Unsere Grünen Stimmen bekommen nur, wer die Demokratie und das Gemeinwohl in der EU schützt.

Sven Giegold

2



NAME Sven Giegold

ALTER 44

WOHNORT Nordrhein-Westfalen

BERUF Wirtschaftswissenschaftler

IM PARLAMENT 5 Jahre

THEMEN Soziale und Solidarische Ökonomie

Sven Giegold ist Co-Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen zur Europawahl 2014. Er ist seit 2009 im Europaparlament, wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Grüne/EFA und u.a. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung und stellv. Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Hier setzt er sich für eine Grüne Reform der Finanzmärkte im Interesse der Verbraucher_innen, der Steuerzahler_innen und der Demokratie ein sowie für eine strikte Trennung von wirtschaftlicher und politischer Macht, um den viel zu großen Einfluss von Lobbyinteressen auf die Gesetzgebung in Brüssel und Berlin einzuschränken.

Giegold hat Wirtschaft, Politik und Erwachsenenbildung in Lüneburg, Bremen, Paris und Birmingham studiert und sich schon früh ökologisch und politisch engagiert. Er ist Mitbegründer von Attac Deutschland und des Netzwerks Steuergerechtigkeit.

Mehr zu Sven unter www.sven-giegold.de.

Foto: Sven Giegold

Lieben ohne Grenzen

Kaum ein politisches Thema ruft innerhalb der Europäischen Union so starke Emotionen hervor wie die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender, Intersexuellen und Queer (LGBTTIQ). Denn die Auffassung darüber, ob diese Menschen gleichberechtigt in unserer Gesellschaft leben dürfen, unterscheidet sich in den Mitgliedsländern deutlich. Und dabei gilt: Die westeuropäischen Länder besitzen nicht zwingend die progressivsten Gesetze. Das offenbarte die Podiumsdiskussion „Lieben ohne Grenzen – Queer durch Europa“ der Grünen Jugend Berlin und der Neuköllner Grünen in der Villa Neukölln am 17. April 2014 mit den Gästen Terry Reintke von Bündnis 90/Die Grünen und Petter Forkstam von den schwedischen Grünen, beides Kandidat_innen für das Europäische Parlament und zugleich engagierte Aktivist_innen für die Rechte von LGBTTIQ.

Erste Schritte auf dem Balkan, große Fortschritte in Schweden

Terry Reintke gab einen differenzierten Blick auf die politische Lage

von LGBTTIQ in der Balkanregion. Dort leiden sie unter sozialer und politischer Diskriminierung – angeheizt von einem durch die Nachkriegszeit befeuerten Nationalismus und einer überwiegend patriarchalisch geprägten Gesellschaft. In Belgien ist die Ausrichtung von Gay Prides kaum möglich: Die erste Belgrader Gay Pride 2001 endete mit mehreren Toten durch Angriffe nationalistischer Gruppen, erst 2010 konnte eine zweite Parade stattfinden, jedoch nur unter massivem polizeilichen Aufgebot und mit erneuten Ausschreitungen. Fortschritte beobachtet Terry Reintke hingegen im neusten EU-Mitgliedsland Kroatien: In Zagreb fanden in den vergangenen Jahren friedliche Gay Prides statt.

Während in der Balkanregion Menschenrechts- und LGBTTIQ-Gruppen unter erschwerten Bedingungen arbeiten, diskutiert die Zivilgesellschaft in Schweden gemeinsam mit der Politik über die verfassungsrechtliche Gleichstellung von LGBTTIQ. Nepal und andere Länder in Asien sowie Südamerika haben diesen Schritt bereits vollzogen. Das

skandinavische Land noch nicht, aber die Voraussetzungen dafür sind geschaffen.

Bereits 1944, also sechs Jahre vor der Gründung des landesweit ersten Verbandes für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (RFSL), hat Schweden die Homosexualität legalisiert. Seit 1987 steht die Diskriminierung von Schwulen und Lesben unter Strafe, seit 2002 dürfen gleichgeschlechtliche Paare schwedische und nicht-schwedische Kinder adoptieren, seit 2009 dürfen sie heiraten.

Für Transsexuelle hat sich die Situation erst vor einem Jahr leicht verbessert. Bis dahin mussten sich Menschen, die eine Geschlechtsumwandlung vornehmen lassen wollten, zugleich auch sterilisieren lassen. „Das ist eine Schande für Schweden“, meint Forkstam. Doch auch im Hinblick auf Deutschland sind laut Terry Reintke die Rechte für LGBTTIQ-Rechte noch dürftig. „Deutschland ist in diesem Bereich ein Entwicklungsland.“

Papa, darf ich auch Röcke tragen?

www.gruene-jugend.de



Foto: Annette Heppel

Queer-Grüne Pläne für Europa

Mit Blick auf die Europawahlen wollen Terry Reintke und Petter Forkstam ihren politischen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Rechte von LGBTTIQ legen. Zwar hat die EU in wichtigen Angelegenheiten, wie etwa dem Adoptionsrecht von Paaren, keine Kompetenzen – aber die Liste der politischen Vorhaben der Grünen-Politiker_innen nach ihrer möglichen Wahl ins Europaparlament ist lang.

Reintke will den eingeschlagenen Weg der EU noch engagierter weiterführen. Sie will Antidiskriminierungsgesetze – besonders in Schulen und Universitäten – EU-weit durchsetzen. Eine Arbeitsgrundlage sei die Roadmap gegen Diskriminierung, der sogenannte Lunacek-Bericht, benannt nach der Grünen-Europaabgeordneten Ulrike Lunacek. Reintke

will insbesondere die gegenseitige Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften einführen.

Forkstam möchte der EU Instrumente an die Hand geben, um Ländern, die gegen die Menschenrechte verstoßen, effektiver zu bestrafen. „Es kann nicht sein, dass Kroatien ein halbes Jahr nach EU-Beitritt ein Referendum durchführt, wonach das Adoptionsrecht von gleichgeschlechtlichen Paaren verfassungsrechtlich verboten wird.“ Der schwedische Grünen-Politiker kämpft aber für mehr als Sanktionen – für ein gesellschaftliches Umdenken aller Europäer_innen und einer Öffnung der Gesellschaft, in der nicht nur LGBTTIQ, sondern alle Minderheiten gleichberechtigt leben können.

Dario Sarmadi

NEUKÖLLNER_INNEN IM GESPRÄCH

„Gleiche Chancen sind ein Menschenrecht“

Als fünfter Interviewpartner der Reihe „Neuköllner_innen im Gespräch“ treffen wir dieses Mal Bernhard Heeb. Er ist Schweizer und war als erster Auslandspraktikant der Sozialarbeitschule Bern 1992 für sechs Monate im Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. eingesetzt. Berlin ließ ihn nicht los. Seit 1995 lebt er dauerhaft in der Stadt. Weil er anfänglich keine Arbeitserlaubnis bekam und sein Diplom nicht anerkannt wurde, arbeitete er als selbstständiger Tischler, verlegte Parkett, studierte noch einmal und arbeitet seit 2005 als Koordinator für Stadtteilarbeit im Nachbarschaftsheim Neukölln e.V. Seit 2012 ist er dort Geschäftsführer.

Lieber Herr Heeb, wie sind Sie nach Berlin/Neukölln gekommen?

Das Praktikum hat die Lust auf Berlin geweckt. Berlin war für mich gleichbedeutend mit offenen und unvoreingenommenen Menschen und der Freiheit im Kopf. Ich habe anfangs in Kreuzberg gelebt. Nach Neukölln kam ich erst 2005 durch meine Arbeit im Nachbarschaftsheim.

Was ist für Sie das Besondere an Neukölln?

Beruflich bedingt ist Neukölln für mich in erster Linie der Neuköllner Norden. Die Herausforderungen in diesem Teil Berlins sind so groß, dass jeder gezwungen ist, gemeinsam mit anderen zu arbeiten, das schult den Umgang verschiedenster Menschen miteinander und schafft einzigartige Netzwerke.

Gibt es eine typische Geschichte, die Sie mit Neukölln verbindet?

Es gibt täglich so viele Geschichten... kurze und vielschichtige... Eine rumänische Zuwandererfamilie verehr-



Bernhard Heeb koordiniert die Stadtteilarbeit des Nachbarschaftsheim in seiner Wahlheimat Neukölln.
Foto: Christian Hoffmann

te unsere Kitalleiterin so sehr, dass sie ihr Kind nach deren Sohn Léo-Paul benannt hat, obwohl es ihnen schwerfällt, den Namen auszusprechen.

Wie sehen Sie die aktuelle und zukünftige Entwicklung in Neukölln?

In Neukölln überlagern sich verschiedene Prozesse. Einerseits werden die innerstädtischen Wohnlagen immer attraktiver, andererseits ist der Neuköllner Norden ein in vielen Bereichen sozial benachteiligter Stadtteil.

In den kommenden 10-15 Jahren wird der Verdrängungsdruck durch einkommensstarke Neuzuzügler_innen zunehmen. Gleichzeitig verbessert sich die Lage der sozial Benachteiligten nicht von alleine. Damit diese Menschen ebenfalls Neuköllner_innen bleiben, müssen sie gestärkt und vor manchen Bedrohungen geschützt werden. In Berlin bieten viele Stadtteile nach wie vor den unterschiedlichsten Menschen Platz zum Leben

und Arbeiten. Das hat die Stadt anderen Metropolen voraus und dies zu erhalten ist sehr wertvoll.

Wenn Sie die Regierungsgewalt hätten, was würden Sie als dringende Probleme ansehen?

Die Chancengleichheit muss dringend verbessert werden. Es geht nicht an, dass ein Bildungsaufstieg immer noch so stark an die soziale Herkunft und das Einkommen der Eltern gekoppelt ist. Gleiche Chancen für alle sind ein Menschenrecht, aber auch eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Wir brauchen jede Generation und dürfen Kinder nicht „aufgeben“. Sie sind unsere Zukunft, im Guten und ggf. auch im Schlechten, deswegen muss noch mehr in Erziehung und Bildung investiert werden.

Was geben Sie uns Grünen mit auf den Weg?

Engagiert Euch weiter für Neukölln. Jedes Engagement ist wichtig.

Zur Verbesserung der Lebenslagen in den Kiezen muss auch der Sozialstatus der eingewanderten Bevölkerung steigen. Arm und Reich rein würde weder den jetzigen noch den neuen Neuköllner_innen gerecht.

Alt werden in Neukölln wird als Thema immer wichtiger. Wie erreichen wir, dass Menschen auch im Alter in Neukölln gut leben können und alles vorfinden, was in dieser Lebensphase notwendig ist?

Die Umwelt- und Verkehrspolitik sind grüne Kernthemen, auch hier kann in Neukölln noch viel bewegt werden.

Lieber Herr Heeb, ich danke Ihnen für das Gespräch!

Das Interview führte Christian Hoffmann.

GLEICHSTELLUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Europa ist eine Frau

Eine chancengleiche und vielfältige europäische Gesellschaft ist ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht realisierbar. Die Gleichstellung der Geschlechter ist daher sowohl zentrales Ziel als auch wesentliche Aufgabe der Europäischen Union und in den EU-Verträgen explizit festgelegt. Der ganzheitliche Ansatz der europäischen Gleichstellungspolitik besteht aus Rechtsvorschriften, Gender Mainstreaming und positiven Aktionen. Er wurde von der Europäischen Kommission durch verschiedene Strategien entwickelt und durch zahlreiche Urteile des Europäischen Gerichtshofs konkretisiert.

Auch das Europäische Parlament gibt wichtige Impulse für die Gleichstellungspolitik und entwickelt sich im Zuge der zunehmenden Aufwertung seiner Kompetenzen zu einer wichtigen Triebkraft auf diesem Feld. Es hat gleichstellungspolitische Richtlinien der Kommission mitgetragen, oftmals weitreichende Änderungsvorschläge eingebracht und die Mitgliedsstaaten zum Handeln aufgefordert.

Mangelhafte Umsetzung in der Bundesrepublik

Mit diversen Richtlinien – hauptsächlich im Bereich des Erwerbsarbeitsmarkts – hat die Kommission die Mitgliedsstaaten zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Diskriminierung verpflichtet. Die Mitgliedsstaaten jedoch erweisen sich hier als ein schwieriges Nadelöhr für gleichstellungspolitische Vorhaben. Oft zögern sie die Umsetzung von Richtlinien und Maßnahmen heraus oder setzen diese nur lückenhaft um. Gerade in Deutschland werden diesbezügliche europäische Vorgaben häufig vernachlässigt. Die 2002 beschlossene europäische Antidiskriminierungsrichtlinie wurde lange liegen gelassen und erst umgesetzt, als nach vier Jahren Nichtbeachtung Sanktionen drohten. Hastig wurde das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschaffen, das allerdings unausgereift war und mehrmals nachgebessert werden musste.

Auch auf weiteren Feldern gehört Deutschland zu den Schlusslichtern im europäischen Vergleich, beispielsweise bei der nach wie vor bestehenden großen Lohnungleichheit von Männern und Frauen. Unser überholtes Steuersystem subventioniert ein tradiertes Ein-Ernährer-Modell, das eine echte Wahlfreiheit in Bezug auf Vereinbarkeit von Erwerbs- und Fürsorgearbeit für Frauen wie für Männer erheblich behindert. Während der Zeit, als Ministerin Kristina Schröder Frauenpolitik unter Familienpolitik subsumierte und ein jahrelanger gleichstellungspolitischer Stillstand herrschte, war die Europäische Union nahezu der alleinige Antrieb der Gleichstellungspolitik des Bundes. Wir haben viel aufzuholen.

Grüne Erfolge bei Struktur-

fonds
Dass endlich auch zunehmend in der Finanzpolitik auf

Geschlechtergerechtigkeit geachtet wird, ist ein grüner Erfolg. Die Europäischen Struktur- und Landwirtschaftsfonds sind ein wichtiges Instrument zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Regionen in der Europäischen Union und beinhalten massive finanzielle Ressourcen. Ihre Rahmenverordnung definiert Gleichstellung von Frauen und Männern als eines der Hauptziele der Fonds und sieht die Berücksichtigung der Gleichstellungsdimension in sämtlichen finanzierten Maßnahmen vor.

Bislang wurde dies jedoch von den meisten Ländern nicht konsequent umgesetzt. Wir Grünen haben in der letzten Legislaturperiode dafür gekämpft, dass sich dies ändert. Wir haben durchgesetzt, dass die Verordnungen in der kommenden Förder-

periode von 2014 bis 2020 besser als jemals zuvor formuliert sind. Unsere

Vorschläge zu einem systematischen Genderkonzept, expliziten

Genderanalysen

in der Evaluation der Förderungs-

programme und spezifischen

Aktionen zur Gleichstellung

gewannen im

Parlament die Mehrheit und konnten gegen den Widerstand des Europäischen Rates durchgesetzt werden.

Starke Grüne für eine gerechte europäische Gesellschaft

Doch die erzielten Fortschritte werden in Zukunft nur Wirkung entfalten können, wenn sie weiterhin aktiv eingefordert werden. Wir sind auf dem richtigen Weg, doch wir werden noch für Vieles streiten müssen. Neben der Bekämpfung von geschlechtsspezifischen Rollenklischees und der zunehmenden Gewalt an Frauen ist die noch immer bestehende Diskriminierung von Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt einer der wichtigsten Ansatzpunkte. Vor allem die niedrigere Entlohnung von Frauen, ihre Unterrepräsentation in Führungspositionen in Wirtschaft wie in der Politik sowie die geschlechtergerechte Aufteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit muss endlich in ganz Europa angepackt werden.

In Teilen Europas zeichnet sich in den letzten Jahren auch ein reaktionärer Backlash bezüglich sexueller Selbstbestimmung ab. Wir müssen entschieden eintreten für die gleichen Rechte aller Menschen – unabhängig von Merkmalen wie geschlechtlicher und sexueller Identität, Herkunft, Religion, Alter oder Befähigung. Mit Blick auf die derzeitige vielfach prognostizierten Zugewinne der europaskeptischen, meist männerdominierten Parteien bei der kommenden Europawahl erscheint dies umso wichtiger.

Wir wollen eine freie und moderne europäische Gesellschaft, die ihren Bürger_innen echte Wahlfreiheiten und Chancengleichheit bietet und die alle Europäer_innen in ihrer Einzigartigkeit und Vielfältigkeit achtet und wertschätzt. Wir brauchen eine starke Grüne Fraktion im Europäischen Parlament, die weiterhin für diese Vision kämpft.

Julia Maria Sonnenburg

Co-Sprecherin der LAG Frauen- und Geschlechterpolitik

Für eine digitale Unabhängigkeitserklärung

Was der NSA-Whistleblower Edward Snowden vor nun fast einem Jahr auf den Tisch gelegt hat, ist ein unfassbares Bild über den Zustand unserer Demokratien. Mittlerweile ist die Verbindung des Menschen zur Informationstechnik dauerhaft und automatisiert. Wir senden konstant Informationen aus, die Erkenntnisse über unsere Person preisgeben. Den wenigsten von uns ist es möglich, dies zu kontrollieren oder zu verhindern. Und genau das nutzen Geheimdienste aus, in den USA und in Europa. Nur gemeinsam mit den europäischen Partnern wird es gelingen, Rechtsstaat und Demokratie in das digitale Zeitalter zu übertragen. Es braucht eine digitale Unabhängigkeitserklärung all derer, die Selbstbestimmung und Menschenwürde zum Grundsatz des Netzes machen wollen. Die Datenschutzgrundverordnung der EU wäre dazu ein erster Schritt.

Das freie Netz ist Vergangenheit. Staaten und Konzerne nehmen das Internet mittlerweile für ihre Zwecke unverblümt in Beschlag. Tatsächlich ist es schon lange unmöglich, Rechtsverstöße überhaupt noch vor Gericht zu bringen und nachzuweisen. Wir haben nicht nur die Kontrolle über unsere Daten abgegeben, sondern auch den Einfluss auf die Regeln ihrer Verarbeitung.

Das liegt vor allem daran, dass mit dem digitalen Raum keine gesellschaftliche Wertebasis geschaffen wurde. Das Internet, anfangs erobert von frühen freiheitsliebenden Computerspezialist_innen und Nerds, wurde von Staaten und Konzernen gekapert. Es waren vor allem die amerikanische Regierung und das hochsubventionierte Silicon Valley,

die den Kampf um die Vormachtstellung im Internet und das ökonomische Wachstumspotential über Jahre systematisch betrieben.

In Europa wurde die digitale Revolution derweil verschlafen, vor allem weil die EU-Staaten alle für sich ihr eigenes Süppchen kochen. Gerade die Bundesregierung tritt auf die Bremse, wenn es darum geht, europaweit Regeln für den digitalen Raum zu finden. Stattdessen wurden lieber relativ bescheidene Summen in die Entwicklung der hiesigen Internetwirtschaft investiert.

Es muss eine digitale Unabhängigkeitserklärung her, die den Geltungsanspruch von Rechtsstaat, Bürgerrechten und Demokratie auch in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung hochhält und durchsetzt. Eine digitale Unabhängigkeitserklärung, die den Bürger_innen und Verbraucher_innen ihre Kontrolle und Selbstbestimmung nach europäischem Vorbild zurückgibt und gleichzeitig den europäischen Unternehmen eine gleichberechtigte Chance im digitalen Markt einräumt. Genau dies will die Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union erreichen. Ein gemeinsamer digitaler Markt, der allen zu gleichen Chancen offensteht und verbindliche, hohe Standards mit sich bringt. Dabei geht es nicht um Abschottung oder Einschränkung. Es geht darum, ein offenes Spielfeld zu schaffen, in dem verlässliche Regeln für alle gelten, ganz gleich, wo die betroffenen Unternehmen, Behörden, Bürger_innen und Verbraucher_innen herkommen.

Foto: Fritz Schumann.

Es ist ein großer Erfolg, dass das Europäische Parlament mit den Stimmen aller Fraktionen deutlich Position bezogen hat für einen einheitlichen EU-Datenschutz. Umso enttäuschender ist es, dass die Staats- und Regierungschefs und allen voran Angela Merkel ihren Worten bezüglich der Notwendigkeit europäischer Datenschutzregeln keine Taten folgen lassen. Damit wird die Europawahl am 25. Mai auch eine Grundsatzentscheidung über die EU-Datenschutzgrundverordnung, um die europäischen Standards für Datenschutz und Verbraucherrechte zu verteidigen.

Jan Philipp Albrecht

Grüner Europaabgeordneter und Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments für die EU-Datenschutzgrundverordnung.

6

NAME Jan Philipp Albrecht

ALTER 31

WOHNORT Hamburg

BERUF Rechtswissenschaftler

IM PARLAMENT 5 Jahre

THEMEN Bürgerrechte, Sicherheitspolitik

Wer braucht schon Boden?

Seit acht Jahren wird über eine EU-Bodenrahmenrichtlinie (BRRL) diskutiert. Sie soll die EU-Bodenschutzstrategie konkretisieren, was nun – scheinbar erfolgreich – u.a. von der Bundesregierung torpediert worden ist, denn der BRRL-Entwurf wurde wegen fortwährender Tatenlosigkeit auf den „REFIT“-Prüfstand gestellt: Bis Mai 2014 soll ermittelt werden, ob Bodenschutz ggf. auch anders erreicht werden kann. Wenn ja, wird der Entwurf im Sinn des Bürokratieabbaus eingestampft. Die Erarbeitung der neuen Lösungen startet dann von vorne. In der Zwischenzeit geht unser Boden sprichwörtlich „den Bach runter“ – Bodenerosion durch Wasser ist eine der großen Bedrohungen.

Warum soll die EU Boden schützen?

Weshalb ist Bodenschutz ein wichtiges Thema? Bodenlos kann kein Mensch existieren! Böden sind Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Sie filtern und transformieren Stoffe und schützen so das Grundwasser vor Schadstoffen oder wandeln Biomasse zu Humus um. Böden sind Standorte für Land- und Forstwirtschaft. Sie speichern Wasser und große Mengen Kohlendioxid (CO₂), schützen so vor Überschwemmungen und bremsen den Klimawandel. Sie sind jedoch auch Standorte für Wohnen, Verkehr, Industrie und Müllentsorgung und ganz nebenbei speichern sie auch archäologische und klimatologische Informationen der Vergangenheit.

Für viele ist Boden immer noch der Dreck unter ihren Schuhen. Anders ist es schwer erklärlich, warum in Deutschland jedes Jahr 40.000 Hektar fruchtbares Land zerstört werden. Diese Größe entspricht einer Fläche von fast 100 Tempelhofer Feldern! Während wir in Deutschland pro Hektar bis zu 10 Tonnen fruchtbaren Oberboden im Jahr verlieren (in den Tropen sogar bis zu 100 Tonnen), bildet sich nur zwischen 0,1 und 1 Tonne jährlich neu. Bodenabtrag durch Wasser und Wind beendet in kurzer Zeit einen Prozess, der hunderte oder sogar tausende Jahre gedauert hat.

Die Versiegelung mit Beton und Asphalt zerstört nicht nur wichtige Bodenfunktionen, sie raubt auch überlebensnotwendiges Land. Seit Jahren steigt die Anbaufläche zur Erzeugung von Energiepflanzen. In Deutschland werden so weitere 25 % des Acker-

landes der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Die Landwirtschaft kann schon heute nicht mehr alle Menschen ausreichend ernähren. Momentan haben etwa eine Milliarde Menschen zu wenig Nahrung. In 30 Jahren wird die Weltbevölkerung um weitere drei Milliarden Menschen gewachsen sein. Die Zahlen machen deutlich, dass der Boden den entscheidenden Faktor des Wachstums darstellt, denn etwa 99 % unserer Lebensmittel sind direkt vom Boden abhängig. Und was macht der Mensch mit der arbeits- und energieintensiv erzeugten Ernte? Etwa 35 % davon erreicht niemals einen Teller. Sie bleibt auf dem Acker, verfault in Lagern oder landet im Müll, weil Normen für Handelsklassen nicht erreicht werden oder Mindesthaltbarkeitsdaten überschritten sind.

Was muss getan werden?

Wir brauchen einheitliche europaweit geltende Bodenschutzstandards, aber wir brauchen auch dringend regionales Handeln:

- Das Bewusstsein, dass Boden eine begrenzte, lebensnotwendige Naturressource ist, muss schon im vorschulischen und schulischen Bereich gefördert werden.
- Kommunen müssen Bodenschutzbewusstsein entwickeln und Handlungsbereitschaft durch eigene Bodenschutzstrategien bekennen.
- Bodenschutz muss als Netzwerkaufgabe begriffen werden. Bodenschutz in einer Region darf nicht zu stärkeren Bodenschäden in Nachbarregionen führen.
- Nachhaltiges Bodenmanagement muss elementarer Bestandteil aller städtebaulichen Planungen werden. Die Notwendigkeit von Bodenverbrauch muss im Vorfeld streng geprüft werden, alternative Lösungen müssen durchdacht werden. Null-Bodenverbrauchsvarianten dürfen nicht im Vorfeld ausgeschlossen werden.
- Die Nutzung von Altstandorten und Böden geringer Qualität muss immer Vorrang vor der Nutzung qualitativ hochwertiger Böden haben. Dies muss auch gelten, wenn Baumaßnahmen im Vorfeld eine Bodensanierung erfordern.

Dr. Christian Hoffmann
Bodenkundler und Landschaftsplaner und seit vielen Jahren in den Bereichen Bodenschutz und Umweltbildung tätig.



Die Schichten im Erdreich
Foto: Christian Hoffmann

DER SCHWARZ-ROTE MINDESTLOHN LIGHT

Mindestlohn ohne Ausnahme aber mit Kontrolle

„Mindestlohn light“ war der nahezu prophetische Titel des letzten Dialogforums von Gewerkschaftsgrün Berlin-Brandenburg am 18. März 2014 im DGB-Haus. Wenige Tage zuvor war bekannt geworden, dass die Arbeitsministerin einen „jugendfreien“ Mindestlohn plant, also Mindestlohn erst ab 18 Jahren. Sowohl die Podiumsgäste Beate Müller-Gemmeke (MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Sprecherin für Arbeitnehmer_innenrechte), Ralf Nix (ver.di, Bundesarbeiter_innensekretär) und Micha Heilmann (NGG – Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Hauptstadtbüro) als auch alle weiteren Teilnehmer_innen waren sich einig: Es darf keine Ausnahmen geben! Gleichzeitig kam von vielen die Befürchtung, dass es bei diesen Ausnahmen nicht bleiben wird. Inzwischen ist klar, dass auch Langzeitarbeitslose und Ehrenamtliche keinen Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn haben sollen.

In der ebenso engagierten wie sachlichen Diskussion über die Konsequenzen eines „Mindestlohn light“ verwies Micha Heilmann auf die Erfahrungen mit Niedriglöhnen für Jüngere in den Niederlanden und Großbritannien. „In den Niederlanden bekommen erst Jugendliche ab 23 Jahre den vollen gesetzlichen Mindestlohn, demzufolge sitzen an den Kassen vieler Supermärkte junge Menschen, die noch nicht 23 sind.“ Eine solche Grenze sei eine Einladung an die Arbeitgeber_innen, diese zu umgehen. Als Beispiel für das Umdenken der Arbeitgeber_innen berichtete er vom Tarifvertragsabschluss in der Fleischbranche. Hierzu brauchte es etliche Skandale – u.a. um die Zahlung von Stundenlöhnen von 3-4 Euro an rumänische und bulgarische Beschäftigte.

Ralf Nix betonte angesichts der Pläne der Bundesregierung, dass der öffentliche Druck für einen ausnahmslosen Mindestlohn weiterhin dringend notwendig sei. Nix verwies auf die erfolgreiche Mindestlohnpetition, die in seinem Organisationsbereich initiiert wurde. „Wir haben die erforderlichen 50.000 Unterschriften beisammen und werden sie an den Petitionsausschuss im Bundestag übermitteln.“ Vor Jahren wurde der Niedergang der Abfallwirtschaft bei Abschluss eines Branchenmindest-

lohns beschrieben. Tatsächlich führte der eingeführte Mindestlohn dazu, dass aus dem damaligen Wettbewerb um niedrigste Löhne heute ein Wettbewerb um den besten Service wurde. Argumente, wie das der angeblichen Einschränkung der Pressefreiheit bei Zahlung des Mindestlohnes an Zeitungszusteller_innen, entbehren jeglicher Grundlage.

Diese Nachricht erfreute besonders die Sprecherin von Gewerkschaftsgrün, Beate Müller-Gemmeke, da sie seit kurzem stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss des Bundestages ist. Sie bot ihre konkrete Unterstützung an. Müller-Gemmeke versicherte, dass sie gegen jede Ausnahme vom Mindestlohn sei und das DGB-Motto „Würde kennt keine Ausnahme“ absolut teilt: „Mit diesen vier Worten ist alles gesagt.“

Neben der Diskussion um die Ausnahmen mahnte die Gewerkschaftsgrün-Sprecherin allerdings an, dass man sich auch um die Umsetzung und vor allem um die Kontrollen Gedanken machen müsse. Die für die Einhaltung von Mindestlöhnen zuständige Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) sei bereits jetzt hoffnungslos unterbesetzt. „Wichtig ist insbesondere, dass der Mindestlohn auf Stundenbasis ermittelt und umgerechnet werden muss. Dazu braucht es verlässliche Regeln, denn viele Beschäftigte werden nach Stücklohn bezahlt oder haben keine festgelegte Arbeitszeit. Wenn zukünftig eine Mindestlohn-Stunde 90 Minuten dauert, dann wäre das katastrophal.“

Armin Schäfer und Angelika Höhne, beide Sprecher_innen von Gewerkschaftsgrün Berlin-Brandenburg, verwiesen zum Schluss darauf, dass auch die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer_innenfragen in der SPD (AfA) und die Christlich-Demokratische Arbeitnehmer_innenschaft (CDA) sich klar gegen Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn ausgesprochen hätten. „Wir werden versuchen, mit den Arbeitnehmer_innenorganisationen der anderen Parteien eine gemeinsame Erklärung zu verfassen – für einen allgemeinen Mindestlohn ohne Ausnahmen und mit Kontrollen.“

Armin Schäfer
Gewerkschaftsgrün
Berlin-Brandenburg

EIN DEUTLICHES ZEICHEN GEGEN RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist mehr als ein Projekt. Es ist eine Lebenseinstellung, eine Wertschätzung gegenüber Menschen und ein klares NEIN zu Rassismus und Benachteiligungen innerhalb und außerhalb des Schulkontextes. Die Idee kommt aus Belgien und wurde seit 1995 auch in Deutschland etabliert.

Derzeit beteiligen sich bundesweit etwa 1300 Schulen an dem Projekt. In Berlin sind es ca. 60 Schulen und in Neukölln trägt die Otto-Hahn-Schule den Titel. Teilnehmen können alle Schulformen. Das Projekt ist politisch neutral und wird von Vertreter_innen verschiedener politischer Ebenen, Gewerkschaftler_innen und Glaubensgemeinschaften unterstützt. Unterstützt werden die Schulen auch von prominenten Schulpat_innen.

Selbstverpflichtung für die Gegenwart und Zukunft

Es ist eine große Herausforderung, denn 70 % aller Menschen an der Schule, die lernen und unterrichten, auch technisches Personal, verpflichten sich durch eine Unterschrift, sich täglich gegen jede Form von Diskriminierung und Benachteiligung an der Schule einzusetzen. Sie entscheiden, fortan langfristige Aktivitäten an ihrer Schule, Projektstage oder Projektwochen zu entwickeln, die Diskriminierung aktiv entgegenwirken.

Demokratische Schulkultur

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist keine Fokussierung auf Schüler_innen mit Migrationshintergrund, sondern alle werden ins Boot geholt. Der Rahmen beinhaltet eine Auseinandersetzung mit demokratiefördernden Ideologien, mit

Homophobie, Antisemitismus, Antiziganismus, Diskriminierung aufgrund der Religion, Herkunft oder Hautfarbe.

Etablierung einer Willkommenskultur an Schulen

Durch die aktive Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Themen wird auch eine solidarische Schulkultur gefördert, was sich positiv auf die Schumatmosphäre und die schulische Leistung auswirkt. Schüler_innen heißen willkommen und eine flächendeckende Willkommenskultur zu etablieren ist Teilziel von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage.

Gewalt an Neuköllner Schulen

Gegen Gewalt an Schulen, womit wir in Neukölln konfrontiert sind, spricht sich das Projekt deutlich aus.

Aus der Kleinen Anfrage der Grünen Fraktion „Gemeldete Gewaltvorfälle an den Neuköllner Grund- und Oberschulen“ (KA/100/XIX) aus dem Sommer 2013 geht hervor, dass Gewalt in den unterschiedlichsten Formen zum Neuköllner Schulalltag gehört. Verfassungsfeindliche Äußerungen, Waffenbesitz, schwere körperliche Gewalt, Gewaltdarstellung auf Datenträgern, sexuelle Übergriffe, Waffengebrauch, 15 Übergriffe von Schulfremden auf Schüler_innen in 2011/12 und Mobbing sind nur einige Punkte.

Rechtsextremismus in Neukölln – auch ein Teil Neuköllner Realität, der sich viele Initiativen und Bündnisse seit Jahren entgegenstellen und das mit Erfolg. Das Bedürfnis, rassistisch werden zu wollen, diskriminierend handeln zu wollen, hat oft mit einem Defizit zu tun. Ein starker Jugendli-

cher, der sich in seiner Rolle, seiner eigenen Haut wohl fühlt, wird nicht so leicht anfällig sein, extremen und demokratiefeindlichen Parolen hinterherzulaufen.

Die Bezirksverordnetenversammlung von Februar 2014

In der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung vom Februar 2014 fragte die Grüne Fraktion mit einer Großen Anfrage (0842/XIX) nach, ob es seit der Beantwortung ihrer Kleinen Anfrage aus 2012 zu Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (KA/035/XIX) weitere Gespräche mit Schulen gegeben hat. Nein, die Senatsverwaltung sehe keinen Anlass. Wenige Stunden zuvor hatte die NPD eine Kundgebung vor dem Rathaus gehalten.

Mahi Christians-Roshanai
BVV-Fraktion

Für ein gerechtes Europa und ein Tempelhofer Feld für alle!

„Bei dieser Wahl geht's um mehr“. Dieser Slogan des Europäischen Parlaments ist kein leerer Werbespruch. Denn am 25. Mai 2014 entscheiden wir mit unserer Stimme über die Zukunft Europas: über die Frage, in welcher Finanz- und Wirtschaftsordnung wir leben wollen, wie viel Wert uns der Klimaschutz ist, ob wir geflüchtete Menschen weiterhin täglich in Lebensgefahr bringen werden und wie wichtig uns der Schutz unserer privaten Daten ist. Das bisher mehrheitlich konservativ besetzte EU-Parlament hat in diesen Fragen versagt. Es ist Zeit für einen Wandel.

Wir bestimmen bei der Wahl jedoch nicht nur die Zusammensetzung des bisher einflussreichsten Europäischen Parlaments in der Geschichte, sondern entscheiden erstmals mit darüber, wer die nächste Europäische Kommission anführen wird. Denn laut Vertrag von Lissabon müssen die 28 Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat bei der Auswahl einer_r Anwärter_in das Ergebnis der Europawahl berücksichtigen. Das neu konstituierte EU-Parlament wählt dann die Kandidatin oder den Kandidaten mit seiner absoluten Mehrheit.

Wem diese Gründe nicht ausreichen: Die Wahl ist auch eine Ent-

scheidung darüber, wie viel Menschenverachtung und Populismus wir im Europäischen Parlament tolerieren wollen. Umfragen prophezeien einen deutlichen Stimmenzuwachs für rassistische, homophobe, antisemitische und europaskeptische Parteien. Auch in Deutschland ist nach dem Wegfall der 3-Prozent-Hürde jede Stimme entscheidend, um den Einzug von Rechtsextremist_innen und Rechtspopulist_innen zu verhindern.

Gehen Sie also wählen – und stimmen Sie am 25. Mai für Bündnis 90/Die Grünen. Denn die Grünen kämpfen für

- ☒ eine soziale Wirtschaftsordnung, gegen Verarmung und ausufernde Liberalisierung
- ☒ ein Energiesystem auf Basis von erneuerbaren Energien, gegen Atom und Kohle
- ☒ weitreichenden Umwelt- und Verbraucherschutz, gegen Massentierhaltung und Gentechnik
- ☒ eine menschenwürdige Asylpolitik, gegen Abschottung und Rassismus
- ☒ Transparenz und Regulierung auf Finanzmärkten, gegen Spekulationen und Betrug

Am Wahlsonntag stimmen wir Berliner_innen noch über ein anderes

Zukunftsprojekt ab: die einzigartige Freifläche des Tempelhofer Felds. Zur Wahl stehen zwei Gesetzesentwürfe: die Bebauungspläne des rot-schwarzen Senats, die ohne ernsthafte Einbindung der Berliner Bürger_innen zustande gekommen sind, und die Forderungen des Volksbegehrens der Bürger_inneninitiative „100 % Tempelhofer Feld“.

Über 200.000 Berliner_innen haben beim Volksbegehren „100 % Tempelhofer Feld“ unterschrieben, weil sie die massiven Bebauungspläne des Senats ablehnen. Dass die anstehende Volksabstimmung überhaupt stattfindet, zeigt also: Die Berlinerinnen und Berliner wollen mitentscheiden. Für sie alle ist das Feld nicht nur irgendeine Grünfläche. Wir brauchen ein Verfahren, in dem die politischen Parteien und der Senat mit den interessierten Bürger_innen und Interessengruppen in einen offenen und fairen Dialog treten können.

Der Senat hat in den vergangenen Monaten immer wieder bewiesen, dass er zu einer solchen Form der Bürger_innenbeteiligung nicht bereit ist. Deshalb sagen wir: Stimmen Sie am 25. Mai mit JA zum Volksbegehren „100 % Tempelhofer Feld“ und mit NEIN zu den Plänen des Senats!

WAS WÄRE, WENN...

Wir ohne Europa

Warten. Man sagt, das Anstehen vor verschlossener Toilettentür wäre das Schlimmste. Das glaube ich nicht. Schlimmer noch ist die Einreisekontrolle bei schwüler Luft im stickigen Terminal. Die Zöllner mit dem offensichtlichen Desinteresse. Schreiende Kinder. An der Stirn rinnt der Schweiß herab in langen Perlen.

Ich mag Berlin. Was ich nicht mag: einzureisen, hinaufzufliegen. Sicherlich eine halbe Stunde schleicht die Schlange schon, dazu eine weitere Wartezeit in Paris Orly, wegen Abfertigungsproblemen. Chaos trifft es eher. Neu ist nichts davon, nervig trotzdem. Eigentlich muss ich längst nach Frankreich telefonieren, meine Mutter will wissen, ob ich gut angekommen bin und redet sowieso viel. Es ist mir wichtig und ich schätze die Kosten bei 3 Mark 85 die Minute und ob der Grenzschutz mir dafür ausreichend Zeit lässt und die Schlange die Ruhe. Schreibe eine Mail, das ist billiger. Überhaupt fahre ich lieber mit dem Zug, das ist besser für die Umwelt und vor dem Fenster fliegt so schön die Landschaft. Wie sie sich gleicht in Deutschland und Frankreich; kein Unterschied, wenn da der Zöllner nicht wäre. Doch das Schienennetz zwischen den Grenzen ist marode, man kommt kaum voran.

Die Menschen vor mir ruckeln voran. Bald blickt das faltige Beamtenengesicht in meinen Pass, auf die gewichtigen Amtsstempel der Arbeitserlaubnis. Dann

mittlerweile. „In Deutschland gibt es ein Vaterland, in Frankreich heißt es Mutterland. Jetzt habe ich endlich beide Eltern.“ In Berlin lebe ich mit den zischenden Lauten und den schweren Wörtern, in Paris mit dem Singsang, der nichts ernst nehmen kann. Ein Kind beider Welten, schon lange, und wie glücklich ich darüber bin.

Der Anfang war schwer. Zurück in der deutschen Botschaft in Paris, nach Ausbildungsende: scheele Blicke. „Was will die in Berlin?“. Der deutschen Wirtschaft ging es schlecht, damals, kein Wort mehr über Wirtschaftswunder. Die Schlangen lang für eine Arbeitserlaubnis in Frankreich, das gelobte Land, nicht umgekehrt. Trotzdem: viele Papiere, Stempel, Gebühren. Vier Monate dauerte es, dann klebte man das erste viereckige Arbeitsvisum in den Pass. Ich durfte nur „niedrige Arbeiten“ annehmen, kellnern und so. Mein Kopf schrie auf: „Was machst du?“. Mein Bauch sagte: „Geh“. So ging ich.

Die Bahn tuckert von Schönefeld zur Innenstadt. Wer sich diese Muster für die Sitzpolster ausgedacht hat? Draußen die niedrigen Sträucher, die Schrebergärten und eingestürzten Backsteinfabriken. Keine klobigen Wohntürme wie in Paris. Das erste Jahr war hart. Als Kellnerin, die Menschen fanden den Akzent lustig und ich hatte zwei Jobs, um halbwegs leben zu können. Die Wohnung mit Holzofenheizung. Keine Freunde, keine Zeit dafür. Mein Kopf quengelte lauter. Dafür also die gute Ausbildung. Das Lernen. Ich ging zu den türkischen Gemeinden, fragte, wie sie das alles schafften. Doch auch hier blieb ich fremd. Franzosen gab es kaum, sie lachten mich aus von der anderen Seite des Rheins.

Dann wurde es besser, ein gutes Hotel stellte mich an und sorgte anstandslos für eine Verlängerung des Visums. Nach Frankreich ging ich nur zum Wählen; das ist mir wichtig. Gewöhnte mich an die schnöden Farben der Markscheine, so ungleich der bunten Francs. Und dass keine 1 vor dem Preis nicht gleich billig heißt. Fand Freunde, zuerst Exoten mit einem Faible für Frankreich (ich mag es wie ihr Deutschen französische Wörter benutzt), dann andere. Irgendwann kippte die Wirtschaft. Die Deutschen kamen zurück, dann die Franzosen. Alle wollten wissen, wie es sich lebt in diesem Land. Wie man die Papiere ausfüllt. Woher man die Stempel bekommt. Oder eine Wohnung findet. Was die meterlangen Wörter in den Verträgen bedeuten. Davon lebe ich jetzt.

Die Sonne scheint mich an durch die Fenster der Bahn. Ich döse. Ein Traum erscheint. Darin gibt es keine Paragraphen und viereckige, geklebte Visa. Ich führe Gruppen von Menschen durch die Stadt die ich liebe, die nicht vor langen Schlangen am Flughafen oder Grenzen oder Botschaften warten mussten; die keine Kommissionen für Wechselstuben zahlen; wo ich meinen wichtigen Anruf einfach so machen kann, ohne eine halbe Miete zu zahlen; und dass ich diesen Menschen zeigen kann, wie viel Frankreich in der Geschichte von Deutschland steckt und wie viel Deutschland in der Geschichte von Frankreich und überhaupt wie ähnlich wir uns sind, trotz der zischenden Laute. Lange will ich noch träumen, doch die Bahn hält an: schon bald bin ich daheim.

Jakob Höber

Stellv. Sprecher der LAG Europa

Ihre Stimme
am 25. Mai für

- ☒ Bündnis 90/Die Grünen
- ☒ JA zur Initiative 100% Tempelhofer Feld
- ☒ NEIN zum Gesetz des Abgeordnetenhauses

Wie funktioniert die Europawahl?

Zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 sind 380 Millionen Europäerinnen und Europäer aufgerufen, sich an der Europawahl zu beteiligen. Damit feiern wir Europäer_innen die zweitgrößte demokratische Abstimmung der Welt, hinter Indien. Besonders ist die Abstimmung aber nicht nur durch ihren Umfang, sondern auch vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte, die in den letzten Jahrhunderten eher von aggressiver Konfrontation geprägt war und nicht von friedlicher Kooperation.

Deutschland wird im neuen Parlament 96 der 751 Abgeordneten stellen. Diese werden nach Landeslisten und einem Proporzsystem gewählt. Das bedeutet, dass die Parteien je nach Wahlergebnis in Deutschland eine bestimmte Anzahl der 96 Plätze zugeteilt bekommen – Direktmandate wie bei der Bundestagswahl gibt es ebenso wenig wie eine Prozenthürde. Im Europäischen Parlament schließen sich die gewählten Volksvertreter_innen größtenteils europäischen Parteienzusammenschlüssen an – so wie die Bündnisgrünen etwa Teil von Die

Grünen/Free Europäische Allianz sind. Diese stellt im bisherigen Parlament 58 Abgeordnete, wovon 14 aus Deutschland entsandt wurden.

Das Europäische Parlament hat seit seiner Reform durch den Lissaboner Vertrag 2009 deutlich an Einfluss gewonnen. So können Gesetzesvorschläge der Kommission (vergleichbar mit einer europäischen Regierung) abgelehnt und eine entsprechende Nachbearbeitung verlangt werden. Dies gilt im Übrigen ebenso für die Vertretungen der nationalen Regierungen, weshalb die Behauptung, Brüssel entscheide ohne Mitwirken der Mitgliedsstaaten, falsch ist. Bei fast jedem Beschluss hat auch die Bundesregierung ihr Einverständnis gegeben.

Dazu kommt, dass das Wahlergebnis bei der Besetzung des Kommissionspräsidentenamtes mit berücksichtigt wird. Der Wahlausgang hat also einen direkten Einfluss darauf, wer José Barroso beerben wird. Ein Grund mehr, bei der Wahl sein Kreuz zu machen.



Foto: European Green Party

vor dem Terminal, die Sonne scheint und überhaupt ist es Sommer. Ich bin glücklich, wieder zu Hause zu sein.

Deutschland war Zufall. Die USA waren schon immer verlockender, dort roch es nach Zukunft, nach Dynamik und Stärke. Europa klang wie gestern und man zankte sich zur Verteidigung seiner Interessen. Das erhoffte Stipendium blieb aus, man sagte: „Aber du könntest nach Deutschland. 50 Studenten schicken wir hin jedes Jahr“, ich dachte: „Nimm an.“ Packte ein paar Dinge, die mir wichtig waren; tingelte in die deutsche Botschaft und ließ mir meine Aufenthaltsgenehmigung drucken. Eine volle Seite im Pass, in bürokratischer Schlichtheit. Doch in der Bürokratie ist es nie die Schönheit, die den Unterschied macht. Lernte deutsche Vokabeln und die zischenden Laute. Nahm einen Zug (fliegen ist teuer) und blickte zum ersten Mal in die Gesichter der Zöllner, das war kurz vor der Brücke über den Rhein. Niemand sollte mir so vertraut werden in den Jahren, die kamen.

Ein halbes Jahr sollte es werden in der deutschen Hauptstadt. Jetzt sind es bereits vier. In Frankreich fragt man mich, was ich dort will. Und überhaupt: Man schaut mich böse an. „Eine Mutterlandsverräterin bist du“, eine traite. Auf Französisch klingt das schöner. Doch das Wort bleibt hässlich, welche Sprache man auch nimmt. Ich nehme es mit Humor,



GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und

Tagesordnung stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de. Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!